

FREIHEIT UND RECHT

Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie und Widerstand gegen Diktatur

Herausgeber: Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e. V.

Oktober 2009/3+4

Erinnerung an eine streitbare Demokratin

Zum 90. Geburtstag von Annemarie Renger

Von Hans-Jürgen Grasemann

Vorsitzender des ZDWW

Annemarie Rengers Lebenslauf liest sich wie ein Geschichtsbuch, allerdings ungewöhnlich lebendig und spannend geschrieben aus der Perspektive des demokratischen Widerstandes gegen die Diktatur. Am 7. Oktober 1919 in Leipzig geboren, wuchs sie in einer Familie auf, in der alles sozialdemokratisch war: der Großvater aktiver Sozialdemokrat, der Vater, Fritz Wildung, Mitbegründer der sozialdemokratischen Arbeitersportbewegung, ihre Mutter ebenfalls Mitglied der SPD. Reichstagspräsident Paul Löbe und der preußische Innenminister Carl Severing waren häufige Gäste in ihrem Elternhaus. So wurde die junge Annemarie frühzeitig mit dem politischen Abwehrkampf der Demokraten in der Weimarer Republik gegen den heraufziehenden Nationalsozialismus vertraut.

1934 wurde Annemarie Renger vom Augusta-Lyzeum in Berlin verwiesen, weil ihr wegen der sozialdemo-

kratischen Gesinnung ihrer Eltern ein damals notwendiges Stipendium verweigert wurde. Ihr Vater wurde von den Nazis verfolgt und mit Berufsverbot belegt. Sie litt sehr unter dem Zerfall des demokratischen Deutschland und sah, dass die Republik von Weimar ihren Feinden nicht erlegen wäre, hätten die sich ihr nicht halben Herzens versagt, die ihre Freunde hätten sein sollen.



Der Zweite Weltkrieg schnitt tief in ihre Familie ein: Annemarie Renger verlor drei Brüder und ihren Ehemann. Sohn Rolf hat seinen Vater nie richtig kennen lernen dürfen.

Der 8. Mai 1945 war für sie persönlich wie politisch eine Befreiung. Bestimmend für ihr weiteres Leben war ihre Arbeit seit Oktober 1945 im „Büro Dr. Schumacher“ in Hannover. Für ihre Bewerbung in Hannover war ein Zeitungsbericht mit der

**Karl Wilhelm
Fricke
wurde 80**

Seite 4

**Karl-Theodor
zu Guttenberg
zum 20. Juli 1944**

Seite 6

**Rudolf van Hüllen
Die VVN-BdA:
ein trojanisches
Pferd**

Seite 8

**Zweiter Weltkrieg:
70 Jahre
Hitler-Stalin-Pakt**

Seite 14

**Europäisches Parlament
zum Gewissen
Europas und zum
Totalitarismus**

Seite 15

**Waldemar Ritter
1789 und 1989**

Seite 25

Inhaltsverzeichnis

Hans-Jürgen Grasemann Erinnerung an eine streitbare Demokratin: Annemarie Renger	Seite 1
Impressum	Seite 2
Karl Wilhelm Fricke wurde 80	Seite 4
Grasemann neuer Vorsitzender des ZDW	Seite 5
Karl-Theodor zu Guttenberg zum 20. Juli 1944	Seite 6
Rudolf van Hüllen Die VVN-BdA: ein trojanisches Pferd	Seite 8
Neugier wecken! Jugend und Diktaturvergangenheit	Seite 10
Schülerbefragung	Seite 11
Dieter Rieke 1925 – 2009	Seite 13
Beginn des Zweiten Weltkriegs: 70 Jahre Hitler-Stalin-Pakt	Seite 14
Europäisches Parlament zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus	Seite 15
Ralph Giordano zu Jürgen Fuchs	Seite 19
Hans-Jürgen Grasemann Fabian von Schlabrendorff – ein Patriot gegen Hitler	Seite 20
Martin Rooney George Orwell und der Spanische Bürgerkrieg	Seite 22
Waldemar Ritter 1789 und 1989	Seite 25
Gerald Wiemers Studentischer Widerstand in Halle/Saale	Seite 27
Seminarankündigung: Die Opfer der SED-Diktatur in der demokratischen Gesellschaft heute	Seite 28

Überschrift „Wir verzweifeln nicht“ über eine Rede Kurt Schumachers, mit der er den Deutschen Zuversicht und Selbstbewusstsein vermitteln wollte, maßgeblich, wie sie sechzig Jahre später 2005 schrieb: „Diesen Mann muss ich kennen lernen! Das war mein spontaner Gedanke, als ich im Juni 1945 in einer von der britischen Militärregierung herausgegebenen Hannoveraner Tageszeitung zum ersten Mal von Kurt Schumacher las. Ich war fasziniert und beschaffte mir seine Rede.“

Als Sekretärin und Vertraute begleitete sie fortan Kurt Schumacher auf seinen Reisen durch Deutschland zwischen Flensburg und Rosenheim. Aktiv beim demokratischen Neuanfang im Westen, erlebte sie in Berlin den Kampf zwischen Demokratie und neuer Diktatur im Osten. In dieser Zeit entstand das berühmte Foto, das den einarmigen und beinamputierten Kurt Schumacher, gestützt von seiner Assistentin Annemarie Renger, zeigt. Das Bild wurde zum Symbol für den demokratischen Neubeginn.

Dem Deutschen Bundestag gehörte Annemarie Renger von 1953 bis 1990 an. In diesen 37 Jahren wurde die Spaltung der Nation durch die Diktatoren im Osten Deutschlands und Europas vorangetrieben, stand die Mauer in Berlin 28 Jahre und konnte nach dem Ende des SED-

Regimes die nationale und staatliche Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit vollendet werden - wie es 1949 die Präambel des Grundgesetzes geboten hat.

Annemarie Renger war die erste Frau, die in ihrer Fraktion Parlamentarische Geschäftsführerin wurde. Das Amt hat sie von 1969 bis 1972 ausgeübt. Mit ihrer Wahl zur Präsidentin des Deutschen Bundestages 1972 war sie die erste Frau an der Spitze eines frei gewählten Parlaments. „Miss Bundestag“, wie sie von Journalisten nach ihrer Wahl zur Abgeordneten 1953 genannt worden war, wurde die Grande Dame, deren Präsidenschaft bis 1976 den Deutschen nachhaltig in Erinnerung bleiben wird. Resolut, energisch, erfrischend offen und vor allem mit Charme und Humor hat sie das Parlament dem Bürger näher gebracht.

Die Bitte um Versöhnung an alle Völker, die unter uns Deutschen gelitten haben, war Annemarie Renger ein besonderes Anliegen. Auch als Bundestagsvizepräsidentin und als Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe (1976 bis 1990) wandte sie sich gegen verantwortungsloses Vergessen und die Flucht aus der Geschichte. Ihr Engagement wurde mit der Ehrendoktorwürde der Ben-Gurion-Universität, der Buber-Rosenzweig-Medaille und dem Heinz-Galinski-Preis der

FREIHEIT UND RECHT

Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie
und Widerstand gegen Diktatur

ISSN 05326605

Herausgeber: Dr. h.c. Annemarie Renger †
Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e.V., www.bwv-bayern.org
Vorsitzender: Bertold Kamm, Schlaunstraße 21, 90480 Nürnberg

Redaktion: Jürgen Maruhn, Telefon: 089/1576813.

Druck: Verlag Nürnberger Presse Druckhaus Nürnberg.

Das Bezugsgeld ist bei den Mitgliedern des BWV-Bayern durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Mit dem Bezug unserer Vierteljahresschrift ist aber keine Mitgliedschaft im BWV-Bayern verbunden.

Alle Nachrichten werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Mit dem Namen des Verfassers gezeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

Land in Sicht, aber der Hafen ist noch weit.

Liebe Leserinnen und Leser,

Es gibt eine gute Chance, dass ein erneuerter Zentralverband zusammen mit dem BWV-Bayern ab 2010 die materiellen Grundlagen von FREIHEIT UND RECHT sichern kann.

Wir danken allen, die bisher mitgeholfen haben, die Durststrecke zu überbrücken, und bitten auch im letzten Quartal 2009 noch einmal um Hilfe.

Ab 20,00 EURO erhalten Sie automatisch eine vom Finanzamt anerkannte Spendenquittung,

bei einem ebenfalls hoch willkommenen kleineren Spendenbetrag senden wir eine Spendenquittung auf Wunsch (Anschrift siehe Impressum, E-Mail: bertoldkamm@web.de).

Die Konto-Angaben lauten:

**FREIHEIT UND RECHT,
Konto-Nr. 0107982496, BLZ 701 900 00,
Münchner Bank.**

Mit freundlichen Grüßen *Der Herausgeber*

Jüdischen Gemeinde Berlin gewürdigt.

Ihre besondere Liebe galt bis zum Schluss „ihrer“ Kurt-Schumacher-Gesellschaft und damit dem Andenken jenes Mannes, der für ihr Leben prägend war, dessen weltgeschichtliches Nein zum Kommunismus das unantastbare Ja zur Freiheit war.

Als langjährige Vorsitzende des Zentralverbandes Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen (ZDWV) hat die streitbare Demokratin sich nicht schonend bis zuletzt für die Opfer der beiden deutschen Diktaturen 1933 - 1945 und 1945 - 1989 eingesetzt.

Ihr letzter Beitrag für FREIHEIT UND RECHT (Juni 2007/2) zum gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 und zur gewaltsamen Niederschlagung des Aufstandes gegen die SED-Diktatur am 17. Juni 1953 ist Vermächtnis und Mahnung zugleich:

„So verschieden beide Ereignisse waren, so ähnlich waren sie sich in dem Bestreben, Freiheit und Recht durchzusetzen und unmenschliche Tyrannei zu überwinden. Der Zusammenhang beider Gedenktage ergibt sich aus der Tatsache, dass die zweite Diktatur in Deutschland ohne die erste und den von ihr entfesselten Weltkrieg nicht stattgefunden hätte. Und sie hängen auch deshalb zusammen, weil in Deutschland Widerstand nicht nur Niederlage, sondern auch Hoffnung

war. Hoffnung, weil in Deutschland Widerstand von Demokraten gegen Diktaturen möglich war und - vor allem im Sinne von ‚Wehret den Anfängen‘ - immer möglich und nötig bleibt.

Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit ist der Ausgangspunkt der Arbeit des ZDWV. Überlebende Opfer des NS-Terrors und ihre Nachfahren prägen bis heute unsere Tradition, die auch ganz junge Leute anzieht. Nach und nach kamen immer mehr Opfer der SED-Diktatur und Überlebende des GULag dazu, weil sie sich in unserer Tradition gut aufgehoben sehen...

... Aus Nebeneinander wird Miteinander im gemeinsamen Kampf gegen Diktatur. Das ist attraktiv für die Jugend und macht die Demokraten stärker, denn Feind der Demokratie ist das antidemokratische Denken in seinen verschiedenen Ausprägungen. Antidemokratische Bestrebungen sind nicht mit den beiden Diktaturen in Europa untergegangen. Sie leben fort und treten uns Demokraten heute und sicher auch weiterhin, oftmals getarnt und schleichend und dann wieder in unverschämter Offenheit gegenüber...

... Kluger und kenntnisreicher Kampf gegen den Extremismus ist daher heute wie vor achtzig Jahren eine der großen Überlebensfragen der im demokratischen Verfassungsstaat garantierten Freiheit.“

Tradition bewahren, hieß für Annemarie Renger nicht Asche aufheben,

sondern eine Flamme am Brennen erhalten, die Flamme der Menschlichkeit, der Freiheit und der Gerechtigkeit.

„Wir nehmen heute Abschied von einer bemerkenswerten Frau und einer unverwechselbaren Persönlichkeit. Wir verneigen uns vor einer bedeutenden Parlamentarierin, vor einer leidenschaftlichen Demokratin. Annemarie Renger hat sich um Deutschland verdient gemacht.“ Mit diesen Worten schloß der Präsident des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert, seine Ansprache beim Trauerstaatsakt für die Präsidentin a.D., Dr. h.c. Annemarie Renger, die ihren Lebensweg im Alter von 88 Jahren am 3. März 2008 vollendet hat.

Am 7. Oktober 2009 jährt sich der Geburtstag von Annemarie Renger zum 90. Mal. Der ZDWV gedenkt mit Dankbarkeit und Stolz an das lange und erfolgreiche Wirken seiner Vorsitzenden, die über die Zeit hinaus auf die unzerstörbaren Ideen von Freiheit, Recht und Demokratie hingewiesen hat. Die Biografie der am 7. Oktober 1919 als Annemarie Wildung geborenen Annemarie Renger liest sich wie ein deutsches Geschichtsbuch. Dabei hat sie unser Land seit mehr als 60 Jahren mit geprägt und selbst Geschichte, vor allem Parlamentsgeschichte, geschrieben.

Annemarie Renger bedarf unseres Rühmens nicht; wir bedürfen ihres Beispiels. ■

„Von beleidigender Sachlichkeit“:

Karl Wilhelm Fricke wurde 80

Es konnte nur ein Anhänger des SED-Regimes gewesen sein, aber doch wohl einer, bei dem ein Stück Unrechtsbewusstsein vermutet werden kann, der einmal gefragt wurde, was er von Karl Wilhelm Fricke halte. Antwort: „Er ist von beleidigender Sachlichkeit“. Das kann ja nur heißen, dass die Protagonisten der SED-Diktatur nach der Überwindung ihres Herrschaftssystems etwas anderes erwartet hatten – schon gar von einem, dem auf übelste Weise mitgespielt worden war. Der gebürtige Anhaltiner Karl Wilhelm Fricke flüchtete schon bald in den Westen und lebte als freier Journalist in West-Berlin. Offenbar waren seine DDR-kritischen Artikel so gut, dass die SED-Führung den jungen Mann von damals schon als Gefahr empfand. Er wurde von Stasileuten nach Ost-Berlin entführt und war dann von 1955 bis 1959 in politischer Haft, zuerst in Brandenburg, danach in dem berüchtigten Stasigefängnis Bautzen 2.

Nach der Freilassung lebte Karl Wilhelm Fricke wieder in der Bundesrepublik, ab 1970 Redakteur beim Deutschlandfunk, dann Leiter der Ost-West-Redaktion des Senders. Als Buchautor wurde er mit dem 1979 erschienenen 676-Seiten-Werk „Politik und Justiz in der DDR“ bekannt. Fünf Jahre später

erschien sein Buch „Opposition und Widerstand in der DDR“, der erste Gesamtüberblick zu dieser Thematik. Während hunderte von Exemplaren in der DDR heimlich von Hand zu Hand gingen, war das Interesse in der Bundesrepublik nur mäßig – auch bei nicht wenigen DDR-Forschern, die glaubten oder glauben wollten, dass Bücher von Karl Wilhelm Fricke oder auch

freien Westen nicht erwartet. Seine tiefe Enttäuschung konnte aber den klaren Standpunkt und die von wissenschaftlicher Sachlichkeit geprägte Arbeitsweise des leidenschaftlichen journalistischen Aufklärers nicht ins Wanken bringen. Der Politikwissenschaftler und Wissenschaftliche Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Peter Steinbach formulierte das vor drei

Jahren in dieser Vierteljahresschrift so: „Fricke hat sich immer in beeindruckender, nein: bewegender Beharrlichkeit Themen gewidmet, die nicht ‚en vogue‘ waren, die nicht in den ‚mainstream‘ des politischen Feuilletons passten, die immer unabhängige und unbeeinflussbare Koordinaten seiner Urteilsbildung spiegelten. Dafür zollen wir ihm unseren großen Respekt.“

Am 3. September ist Karl Wilhelm Fricke nun 80 Jahre alt geworden. Seinen Geburtstag ver-

brachte er nicht am Wohnort Köln, sondern in Berlin: Die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur feierte ihn mit einem großen Symposium – selbstverständlich mit dem noch lange nicht erledigten „Fricke-Thema“. Auch jetzt geht er noch nicht wirklich in den Ruhestand. Seine Produktionsstätte ist der Schreibtisch. Die Redaktion gratuliert herzlich und wünscht ihm alles Gute, vor allem Gesundheit.

Jürgen Maruhn



Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke

Wolfgang Leonhard, Richard Löwenthal und Hermann Weber die Entspannungspolitik „stören“ könnten. Diese Gruppe hatte die Komplexität der Entspannungspolitik offensichtlich nicht begriffen und die demokratische Opposition im Ostblock trotz der Aufstände über Jahrzehnte hinweg ignoriert.

Eine solche Haltung statt Solidarität mit dem Widerstand gegen die Diktatur hatte Karl Wilhelm Fricke im

Grasemann neuer Vorsitzender des ZDWV

Der Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgtenorganisationen (ZDWV) hat einen neuen Vorsitzenden: Dr. Hans-Jürgen Grasemann. Der Braunschweiger Oberstaatsanwalt ist damit Nachfolger der im März 2008 verstorbenen früheren Bundestagspräsidentin Annemarie Renger, die

Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, unmittelbar nach dem Bau der Mauer geschaffenen Dienststelle zur Dokumentierung der Verbrechen des SED-Regimes. Grasemann verfasste zahlreiche Abhandlungen zur deutschen Diktaturvergangenheit von 1933 bis 1989 – darunter bemerkenswerte Por-

Grasemann macht deutlich, warum dieser (noch) nicht zwingend wissenschaftliche, dafür aber politisch wirksame Begriff eine durchaus zutreffende und wesentliche Komponente der Charakterisierung des Herrschaftsystems der DDR wie übrigens auch des NS-Staates ist. 1973 promovierte Grasemann



dieses Amt zwei Jahrzehnte inne hatte. Die Wahl Grasemanns erfolgte am 19. Juli durch eine Versammlung von Vertretern der Mitgliedsverbände, zu denen auch der Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) zählt. Der 1946 geborene Hannoveraner Hans-Jürgen Grasemann war von 1988 bis 1994 Sprecher und stellvertretender Leiter der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter, einer auf Initiative des damaligen

traits von Persönlichkeiten des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus – und ist in ganz Deutschland, nicht zuletzt auch in Bayern, ein gefragter Referent und Gastkommentator zu diesem umfassenden Themenbereich. In diesem Jahr ist er einer der wichtigsten Wortführer des politisch und juristisch fundierten Widerspruchs zu der von der Linkspartei und ihren Fellowtravellers angestrebten Tabuisierung des Begriffs „Unrechtsstaat“.

an der Universität Göttingen mit dem Thema: „Das Blocksystem und die Nationale Front. Verfassungsrecht der DDR“. Er ist seit 1969 Mitglied der SPD, seit 2006 Vorsitzender des Trägervereins der Politischen Bildungsstätte Helmstedt e.V., seit den 90er Jahren häufiger Gastdozent an der renommierten Akademie für Politische Bildung Tutzing und auf Wunsch von Annemarie Renger seit 2007 Vorstandsmitglied des ZDWV. J. M.

Für Freiheit, Recht und Menschenwürde

**Ansprache des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie
Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg am 20. Juli 2009 in der Gedenkstätte
Plötzensee, Berlin**

Ein Gefängnishof verliert in der Regel nie seine Kälte. Eine Kälte, die sich über Insassen wie spätere Besucher zu legen weiß und die jedes Ausmaß an Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung reflektiert, wenn man gleichzeitig an den Mauern einer Hinrichtungsstätte steht. Auch in Plötzensee sucht zunächst eine eisige Hand den unerbittlichen Griff um das Herz. Um sich schließlich doch zu lösen.

Dieser Ort ist anders. Hier verliert sich der tatsächliche Gegensatz von Gefangenendasein und Freiheit. Von Hinrichtung und Leben. Heute vor – bereits und erst – 65 Jahren sollte ein Versuch scheitern, den Terror, das Grauen des Nationalsozialismus zu beenden. Der Begriff des „Scheiterns“ ist gleichwohl endlich, gelang doch ein wundersames wie zunächst unerhörtes Zeichen des Gewissens, der Kultur und der Humanität.

Für Freiheit, Recht und Menschenwürde haben die Widerständler um Graf Stauffenberg ihr Leben eingesetzt, es geopfert und dennoch ein ehernes Fundament für Leben gesetzt. Für unser – vielleicht allzu oft beklagtes – Leben, auch das meiner Generation. Vergleiche verbieten sich. Doch angesichts der letzten sechzig Jahre droht manche Klage ihrer eigenen Leichtigkeit zu erliegen. Wir erinnern an diesem Tage besonders an jene, die die Tat des 20. Juli 1944 gewagt, geplant und unterstützt haben. Wir dürfen allerdings des gesamten Widerstandes gegen den Terror des Nationalsozialismus gedenken. Heute Mittag wurde im Bendlerblock bereits auf sie verwiesen. Männer und Frauen aus Gewerkschaften und Parteien waren darunter, Parlamentarier aus der Weimarer

Republik, Wissenschaftler, Gelehrte, Beamte, Angehörige der jüdischen Gemeinschaft, Geistliche und Laien der christlichen Konfessionen, Studenten wie die Geschwister Scholl und auch Einzelne wie Georg Elser.

Und vielleicht muss ein Tag wie dieser den ehrenden wie hilflosen Gedanken an die zu Unrecht Vergessenen erlauben. Unter ihnen auch Familien der Attentäter, die mitunter unvorstellbare und aus heutiger Sicht so leicht kommentierte Kräfte aufbrachten. Jene, die dem Widerstand und seiner gerechten Betrachtung eines der stabilsten Fundamente verliehen. Nämlich das der Liebe. Ein Aspekt, der mancher nüchternen historischen Betrachtung möglicherweise allzu fern ist.

Ehefrauen, Kinder, Mütter. Auch sie waren tragende Säulen des Widerstandes und des nachfolgenden Lebens. Auch sie entziehen diesem Ort die hoffnungslose Todeskälte. Einige sind heute hier – wofür wir überaus danken.

Der 20. Juli ist eine Mahnung an die Zukunft und kein jährlich wiederkehrender nostalgischer Event. Mit seinem von Beginn an gegebenen Zukunftsbezug wird auch deutlich, dass dieser Tag nicht isoliert der Vergangenheitsbewältigung dienen soll, geschweige denn erschöpfend kann.

Zudem ringt dieser Gedenktag so lange mit der Gegenwart wie die Begriffe Ehre, Stolz oder Vorbild Ausdruck einer verklemmten Schüchternheit bleiben. Die Männer und Frauen des Widerstandes haben unsere Ehre verteidigt und sie uns weitergereicht. Deshalb ehren wir sie heute.

Darf man nun das Wort „Ehre“ mit der Prinzipientrias „Freiheit, Rechts-

staat und Menschenwürde“ verbinden? Meines Erachtens bedingen sie einander. Beides, die benannten Maximen und ein damit verwobenes, wohlgesetztes Ehrverständnis widerspiegeln grundlegende Werte, ja ein Erbe des christlich-jüdischen Abendlandes. Die unbedingte Notwendigkeit, die Flamme jener fundamentalen Grundsätze am Leben zu erhalten, hat sich über 65 Jahre nicht relativiert. Und angesichts der Asymmetrie heutiger Bedrohungen und unterschiedlicher Verständnisse der offenen Gesellschaft – Stichwort Iran – erklärt sich jenes Erbe nicht lediglich aus der Vergangenheit. Ich darf dies als Vertreter der Bundesregierung sagen und als einer, der an dieser Stelle erstmalig aus der – wenn man so will – Urenkelgeneration kommt.

Wir sprechen in diesem Lande gerne von der „Kultur des Erinnerns“, wenn es die Jahre 1933 bis 1945 zu beachten gilt. Für meine Generation ist das „Erinnern“ im Sinne des Erlebten unerreichbar fern. Wir mögen Profiteure der wahren Erinnerungskraft unserer Eltern und Großeltern sein. Wie verwöhnt und wenig dankbar begegnen wir zuweilen diesem Umstand. Und wie schnell ist man hinsichtlich des Widerstandes den Fliehkräften im Spannungsfeld zwischen Verklärung und Vergessen ausgesetzt.

Erinnern kann für meine Generation also nur heißen, sich mit dem Vermächtnis zu befassen und dieses – soweit es den Möglichkeiten entspricht – ins eigene Leben aufzunehmen. Andernfalls würde auf das Versprechen, die Erinnerung an die mutigen Taten des deutschen Widerstandes wach zu halten, das Unglück lähmender Gleichgültigkeit folgen – und diese

Gedenkstätte würde wieder allein dem kalten Todeswind ausgesetzt.

Ich durfte noch das große Glück von Zeitzeugenberichten und damit die Kraft der Authentizität erfahren. Immer weniger werden allerdings aus erster Hand zu berichten wissen. Wir alle vermissen bereits heute Philipp Freiherr von Boeselager, der vergangenes Jahr verstorben ist. Er war für mich ein Mann eindrucklichster Bescheidenheit, der stets vor unreflektierter Verehrung warnte.

Heroisieren wir etwa übermäßig? Mein Onkel Franz-Ludwig Graf Stauffenberg, der heute zugegen ist, hat dies einmal wunderbar formuliert: „Mein Vater und seine Mitstreiter waren für mich Mitmenschen, die hinsehen, wo andere wegschauen. Sie rangen um Entscheidungen. Sie handelten, wo andere beiseite traten.“ Ein Blick des Sohnes.

Von meiner Urgroßmutter weiß ich, dass die ihr bekannten Mitglieder des Widerstandes keine Helden sein wollten, auch wenn sie mit ihren Taten ihr Leben aufs Spiel setzten. So schilderte sie ihren Schwager Karl-Ludwig Freiherr zu Guttenberg als jemanden, „der Kunst und Schönheit liebte, der immer lächelte, der sein bequemes Leben gewohnt war, (und) so gar nicht aus dem Holz geschnitzt (war), aus dem ein Held ist, der Folter und Tod mutig auf sich nimmt.“ Was er im Übrigen schließlich tat. Wir sollten uns also davor bewahren, den Widerstand – ohne den Blick auf die Menschen – auf ein unerreichbar hohes Podest zu stellen und gänzlich entrückte, vielleicht seelenlose Helden zu schaffen.

Dies fordert zwar umso mehr Demut bei der Beantwortung der Frage, ob man sich in einer vergleichbaren Situation ähnlich verhalten könnte. Selbst bei weit geringeren Herausforderungen gilt aber: Der wahrhaftige Dienst für Freiheit, Recht und Menschenwürde darf durch schiere Übergröße der Vorbilder nicht gehemmt werden.

Auffällig ist indes, dass wiederholt ein anderes Extrem gesucht wird: der belehrende, akribisch die Schwächen suchende und nicht selten zur Marginalisierung neigende Unterton in der Beschreibung der Widerstandsbewegung. Auch hierbei gewinnt dieser Gefängnishof, gewinnt Plötzensee seine Eiseskälte zurück.

Worauf richtet sich dieses Ansinnen? Möglicherweise auf das Verständnis von Vorbildern. Tatsächliche Vorbilder für verantwortungsvolles Handeln entspringen jedoch nicht der Erkenntnis von Übermenschlichkeit, sondern im Ergebnis ist es gerade das Menschliche, was die Taten groß, auch heldenhaft erscheinen lässt. Es wäre ein Ausweis der Armseligkeit, wenn der moralisierende Maßstab des Übermenschlichen – angelegt von allzu menschlichen Vertretern – das Land seiner Vorbilder berauben würde.

Immer wieder wird im Zuge des 20. Juli „mangelndes Demokratiebewusstsein unter den Verschwörern“ beklagt. Was für ein komfortables, ja manchmal hochmütiges Urteil – sei es aus dem angeblich gefestigten Wissen unserer Zeit oder aus Gründen individueller Geschichtsbewältigung. Die Frage, ob sich letztere Haltung aus dem Streben nach Minimierung der Gefahr persönlichen Scheiterns erklärt, mag an dieser Stelle unbeantwortet bleiben. Die Divergenz zu den Mitgliedern des NS-Widerstandes wäre allerdings bezeichnend.

Wie viele der heutigen, selbsternannt vorbildlichen Demokraten sind sich der mitunter verzehrenden Motive und der Ausgangslage des breiten Widerstands eigentlich noch bewusst? Wie viele haben sich vom intellektuellen Ruhekitzen aus jemals mit den Qualen beschäftigt, die Menschen einholen, die wissen, dass sie für ihre Überzeugungen ihr Leben und das ihrer Familien riskieren? Wie viele danken gerade jenen für ihr Ruhekitzen? Wie viele wissen um die Kausalität und Folgen des Scheiterns der Weimarer Demokratie? Wie viele würden schließlich selbst Widerstand gegenüber weltweit unübersehbaren Aushöhlungen demokratischer Leitbilder leisten?

Altklugheit ist in der Regel ein Produkt der Bequemlichkeit. Gewiss: die Chancen der ersten deutschen Demokratie wurden verspielt, da sich zu wenige für sie einsetzten. Klaus von Dohnanyi sprach einmal von „tragischen Geschwistern“ und meinte damit die Männer und Frauen des 20. Juli sowie jene Demokraten, die sich vergeblich bemühten, die Weimarer Republik stabil zu halten.

Für viele ist Demokratie heute klangvolle Selbstverständlichkeit. Ebenso der Umstand, in einem Staat des Rechts, der Freiheit und des Friedens zu leben. Meiner Generation wurde all dies in den alten Bundesländern mit der Geburt geschenkt.

Der behagliche Glaube an die Demokratie als Selbstläufer ist hingegen eine gefährliche Haltung. Zumal in Krisenzeiten, die einige genügsam nutzen, um Systemfragen zu stellen. So trivial es klingen mag: Die Demokratie lebt vom Einsatz der Demokraten. Vor 20 Jahren wurden im Osten Deutschlands diesbezüglich großartige Zeichen gesetzt. Wir dürfen sie nicht in Vergessenheit geraten lassen. Den Systemkritikern von heute ist Widerstand zu leisten – allerdings mit einem Demokratieverständnis, das nicht nur Engagement, sondern auch Selbstvertrauen einfordert.

Der Vortragende hinterlasse einen merkwürdigen Eindruck, sollte der Blick auf Mitglieder der eigenen Familie im Widerstand ohne Stolz gerichtet werden. Allerdings kein Stolz der Selbstgefälligkeit, sondern vergleichbar mit jenem, der seinen Bezugspunkt in Leistungen der Deutschen seit Kriegsende sucht. Ein Stolz folglich, der jenen gelten soll, die gerade in der Erkenntnis des Widerstandes ein Grundgesetz zu schaffen wussten. Der jenen gelten muss, die seit 1949 als prominente wie vergessene Verantwortungsträger für eine Bundesrepublik in Frieden und Freiheit aufopferungsvoll wirkten. Und der all jenen gilt, die das Glück des Jahres 1989 zu schmieden wussten.

Insgesamt ein tief emotionales Empfinden, das uns angesichts der hier ausgestandenen Todesängste, der existenziellen Sorgen um die Familien und des ungeheuren Mutes und Gottvertrauens mehrfach verpflichtet: zu Demut und unbedingtem Einsatz für das Erbe des 20. Juli – Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde.

So standen bereits vor 65 Jahren auf diesem Platz der Todeskälte drei unsichtbare Wiegen. Plötzensee verliert seinen Schrecken nicht. Ein Schrecken, der indes mit dem 20. Juli, dem Widerstand neues Leben und Hoffnung geboren hat.

Die VVN-BdA: ein trojanisches Pferd für das Engagement gegen Rechtsextremismus

Von Rudolf van Hüllen

„Das Verbot wäre ja erst der Anfang“, erwidert der freundliche Betreuer des Standes der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA) auf dem Pressefest der DKP (19.-21. Juni in Dortmund). Der Besucher hatte zur Kampagne „nonpd“ der VVN-BdA kritisch angemerkt, dass man mit einfachen Organisationsverboten rechtsextremistisches Denken nicht aus den Köpfen heraus bekomme. Und der VVN-Mann hat auf gewissermaßen dialektische Weise Recht: Seine Organisation hatte immer weiter gehende Ziele als die Bekämpfung des Rechtsextremismus. Genauer gesagt: Sie definierte diese Ziele ganz unabhängig vom Rechtsextremismus. Als jahrzehntelang wichtigste Vorfeld- und Bündnisorganisation der KPD und später der DKP ging es ihr um die Einführung des „realen Sozialismus“ in der Bundesrepublik. Heinrich Potthoff hat in dieser Zeitschrift im September 1998 unter der Überschrift „Schein und Sein der VVN“ eindrucksvoll beschrieben, wie die von der SED mit jährlichen Millionenzuwendungen ausgestattete Organisation es auch nach 1989 nicht schaffte, vom stalinistisch geprägten Sozialismusmodell loszukommen. Sein Fazit: Für Menschen, die sich aus demokratischer Gesinnung gegen Gewaltherrschaft und extremistische Versuchungen stellen, ist sie kein Partner. Über ein Jahrzehnt ist vergangen. Wie stellt sich die Organisation, die nach wie vor ungerührt beansprucht, die größte antifaschistische Vereinigung in Deutschland zu sein, heute dar?

Schwindende Organisationskraft

Sie ist nur noch ein Schatten ihrer selbst, obwohl das Errichten großer Fassaden, „massenhafte“ Kampagnen, „beeindruckende“ Kongresse und insbesondere „breiter Bündnisse“ mit gutgläubigen Demokraten zu ihren Spezialitäten gehörte. Im Oktober 2002 hatte sie endlich eine Fusion der orthodox-kommunistischen Antifa-Verbände zustande gebracht. Die beiden ostdeutschen Partner mit dem SED-typisch knappen und prägnanten Namen „Interessenvereinigung ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstandskampf, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener“ (IVVdN, engagiert überwiegend bei der sozialen Betreuung von NS-Opfern in den neuen Bundesländern) und des „Bundes der Antifaschisten“ (BdA, zuständig für den „politischen“ Antifaschismus insbesondere in Zusammenarbeit mit seinen gewaltbereiten Teilen) bildeten mit der westdeutschen DKP-Vorfeldorganisation VVN-BdA den heutigen gleichnamigen Verband. Für 2003 gab der Verfassungsschutz die Mitgliederzahl im vereinten Deutschland mit „unter 9.000“ an, nicht anders als 2002 vor der Fusion. Für 2004 und 2005 findet man in den Verfassungsschutzberichten keine Angaben zur Mitgliederzahl mehr. Der Verband, Gerüchten zufolge mit einem Altersdurchschnitt (!) von 70 Jahren, schwand rapide. Sein heutiger Internet-Auftritt zeigt noch Landesvereinigungen in 13 Bundesländern sowie insgesamt 47 Untergliederungen auf regionaler Ebene,

wobei die Schwerpunkte in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern liegen. Vor 1989 sah das in der alten Bundesrepublik anders aus: Die VVN-BdA hatte eine mindestens virtuelle flächendeckende Struktur, die bisweilen immerhin dadurch zustande kam, dass berentete oder verbrauchte DKP-Kader in die Vorstände der örtlichen VVN-Kreisvereinigungen versetzt wurden. Wer die Stärke der VVN-BdA heute schätzen möchte, ist wohl gut beraten, von bundesweit zwischen 1.000 und 2.000 Mitgliedern auszugehen. Und von denen dürften etliche in so fortgeschrittenem Alter sein, dass sie politisch nicht mehr aktiv sind. Hat sich das Problem damit erledigt? Politisch wohl nicht, weil Kommunisten von jeher Meister im wirksamen Einsatz potemkinscher Dörfer sind. Tatsächlich schmückt sich die VVN-BdA seit 2004 auch noch mit dem Vorsitz der „Fédération Internationale des Résistants“ (F.I.R.), einer 1949 gegründeten sowjetischen Frontorganisation ehemaliger (kommunistischer) Widerstandskämpfer. „Front“ ist hier durchaus im Sinne des englischen Begriffes für „Fassade“ zu verstehen. „Generalsekretär“ des sklerotischen Verbandes, den man aber immerhin als angeblich demokratisch legitimierte NGO mit noble Anliegen einsetzen kann, ist Dr. Ulrich Schneider, ein leitender Funktionär der VVN-BdA. Der Kasseler Historiker verfasste auch die Festschrift zum 40jährigen Bestehen der VVN 1997, in der er die DKP-Mitgliedschaften unter den zahlreichen vorgestellten „verdienten Antifaschisten“ einfach „vergaß“.

Ungebrochenes traditionskommunistisches Selbstverständnis

Dass dieser eingeschrumpfte Kern sich demokratisch geläutert haben könnte, war an sich schon nicht zu erwarten. Das ergibt sich auch aus dem Doppelgesicht, das die alten kommunistischen Widerstandskämpfer der Organisation tragen. Sie wurden verfolgt und leisteten Widerstand gegen die Nationalsozialisten. Das verdient Anerkennung und Respekt. Aber dies umfasst nur 12 Jahre ihrer Biographie. Und nach 1945 hätte man nicht nur akzeptieren dürfen, wogegen sie stritten, sondern man musste auch kritisch fragen, wofür sie eintraten: Eben für die Einführung einer stalinistischen Variante des Sozialismus und für die Abschaffung von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten (vgl. dazu auch: Hermann Weber: Der Antifaschismus-Mythos der SED, in: FREIHEIT UND RECHT, März 2005/1). Das wiegt über die vielen Jahrzehnte schwer, wenn nicht schwerer als der Widerstand während des Dritten Reiches und das – bei der VVN-BdA durchaus nachrangige – Engagement gegen tatsächlichen Rechtsextremismus. Zur Ambivalenz der Biographien gehört auch, dass diese Opfer häufig selber als Täter tätig wurden. Sie billigten und rechtfertigten als Kommunisten die Einrichtung einer Diktatur und die Verfolgung von Demokraten in der DDR. Und zwei der bekanntesten Frankfurter VVN-Ikonen, Emil Carlebach und Peter Gingold, beteiligten sich als Mitglieder in Schiedskommissionen der DKP ganz unmittelbar an der Jagd auf „Abweichler“ in den eigenen Reihen, übertrugen stalinistische Repressionsmentalität schon mal in die Strukturen ihrer KPD und DKP. Und letztlich: Den jüngeren VVN-BdA-Mitgliedern kann man nicht einmal den Widerstand gegen den Nationalsozialismus entlastend anrechnen. Sie sind Mitglieder einer Organisation, die SED-Unrecht vollkommen ausblendet und sich konsequent gegen einen Vergleich von Diktaturen richtet. Was wiederum bedeutet, dass für diese Leute Menschenrechte nicht universell gültig sind.

Ein Blick auf die Arbeitsfelder der Organisation belegt das: Sie fordert in ihrem Internet-Auftritt die „Bekämpfung neofaschistischer Strukturen wie beispielsweise der NPD und der sogenannten ‚Freien Kameradschaften‘“, wobei man sich freilich über Methoden und Bündnispartner unterhalten müsste. Sodann geht es der VVN-BdA ausdrücklich um den Kampf gegen einen „rechten Rand“, der aus der „Mitte der Gesellschaft“ komme. Aufgezählt werden die Vertriebenenverbände, „staatlicher Rassismus“, Antisemitismus und „Militarismus“. Der Kampf gegen den Antisemitismus ist neu und bemerkenswert, hatte die VVN-BdA doch vor 1989 auf SED-Linie Israel als imperialistischen Handlanger der USA und die Palästinenser und ihre Verbündeten einschließlich Hizbullah, Hamas & Co. als honorige „antifaschistische“ Widerstandskämpfer bezeichnet. Da scheint es immerhin Lernprozesse zu geben.

Dennoch: Die Weltsicht der VVN-BdA und ihre weitergehenden Ziele stammen aus alten Strickmustern: Demnach gibt es in westlichen Demokratien – unabhängig von ihrem tatsächlichen Bestand an Rechtsextremismus und der Frage, wer sie gerade regiert – stets eine „Rechtsentwicklung“, die zur „Faschisierung“ drängt. Treibende Kraft ist das Kapital mit seinem „Sozialabbau“. „Militarisierung“ dient der Vorbereitung von Kriegen, die nur im Interesse des Kapitals denkbar sind, insofern stets „imperialistischen“ Charakter tragen. Das Patentrezept gegen alle diese Übel ist ein irgendwie gearteter Sozialismus/Kommunismus, dessen historische Variante deswegen auch niemals als Diktatur kritisiert werden darf: „Ein Antifaschismus, der zugleich Antikommunismus ist, ist mit uns nicht zu haben“, tönte VVN-BdA-Bundesvorsitzender Heinrich Fink im Januar 2007 auf einer Kundgebung in Berlin ins Publikum.

Der Fall Heinrich Fink

Der 1935 geborene Fink, einer der beiden gleichberechtigten Vorsitzenden und 1998-2003 für die PDS im Bundestag, eignet sich gut als

Indikator für die moralische Substanz seiner Organisation. Nach 1990 zunächst Rektor der Humboldt-Universität in Berlin, wurde er alsbald als IM „Heiner“ der HA XX des MfS enttarnt. 2005 kamen weitere Details seiner Aktivitäten für die Stasi an die Öffentlichkeit. Der Theologieprofessor hatte auch die Inhalte seelsorgerischer Gespräche mit seinen Studenten an die Staatssicherheit durchgestellt. Die VVN-BdA focht dies nicht an. Ungerührt ließ sie anlässlich ihres Bundeskongresses einige Wochen später erklären, sie sehe keinen Grund, an der Integrität ihres Vorsitzenden zu zweifeln.

Antifaschismus hin, Antifaschismus her – die behördliche Einschätzung eines solchen Vereins konnte nicht zweifelhaft sein. Deshalb fand die VVN-BdA von jeher in den Verfassungsschutzberichten des Bundes und etlicher Länder Berücksichtigung. Auch Bundesinnenminister Otto Schily, gelegentlich von einzelnen SPD-Mitgliedern, deren sich die VVN-BdA als demokratische Feigenblätter bediente, bedrängt, diese Einschätzung zu ändern, dachte nicht daran. Er wusste sehr wohl zwischen demokratischem Engagement gegen Rechtsextremismus und verlogenen kommunistischen „Antifaschismus“ zu unterscheiden.

Sein Nachfolger sah das offenbar anders, denn im Verfassungsschutzbericht des Bundes für 2006 und allen darauf folgenden sucht man die VVN-BdA vergebens. Ein solcher Kurswechsel geht nicht ohne Ministerentscheid. Die VVN-BdA dürfte über den ministeriellen Gnadenerweis denn doch erstaunt gewesen sein. Denn sie hatte sich aus dem Munde ihres Vorsitzenden IM „Heiner“ gerade 2006 intensiv für die weitere Erwähnung im Verfassungsschutzbericht qualifiziert. Der hatte der „jungen Welt“ (14./15.1.2006), dem heimlichen Zentralorgan aller mentalen Stalinisten, folgendes zu Protokoll gegeben: „Den Vorwurf, wir seien in welcher Art und Weise auch immer staatstragend, möchte ich deutlich zurückweisen. Das Gegenteil ist der Fall. Man darf nicht vergessen, dass das Gros unserer Mitglieder nicht aus Jugendlichen besteht und wir daher zwar viele

Aktivitäten junger Antifaschisten solidarisch begleiten, uns aber nicht immer aktiv daran beteiligen können. Ich will aber sehr deutlich betonen, dass mir eine Reihe von Mitgliedern unseres Verbandes bekannt sind, die sehr intensiv mit jungen autonomen Antifaschisten zusammenarbeiten. (...) Den autonomen Antifaschisten kann ich deutlich versichern, auf ihrer Seite zu stehen und jederzeit zu einer Zusammenarbeit mit ihnen bereit zu sein.“

Da die VVN-BdA aber nicht mehr im Verfassungsschutzbericht des Bundes für 2006 auffindbar war, fanden ihre Anträge auf Gemeinnützigkeit anschließend günstige Aufnahme. Es ist keine ganz abseitige Polemik, wenn man feststellt, dass linksextremistisch motivierte Gewalt gegen Polizisten bei „antifaschistischen“ Demonstrationen auf dem Umweg über die VVN-BdA in diesem Land neuerdings auch aus Steuermitteln finanziert wird. Innenminister Schäuble ist ein Stück weit mit dafür verantwortlich.

Symbiose von VVN-BdA, „Die Linke“, DKP und Autonomen

Die Kernelemente des VVN-BdA-Weltbildes Antiamerikanismus, Antikapitalismus, Instrumentalisierung des Nationalsozialismus zur Begründung für eine „antifaschistische“ Diktatur, auch die Relativierung bis Rechtfertigung der SED-Diktatur und ein gebrochenes Verhältnis zur universalen Geltung von Menschenrechten, alles das entspricht eher den programmatischen Grundparametern der „Linken“ als der inzwischen ziemlich unbedeutenden DKP. Leichten Anschluss findet die VVN-BdA vor allem an den traditionskommunistischen Flügel der „Linken“.

Nehmen wir Nordrhein-Westfalen als Beispiel. Dortmund, die zweitgrößte Stadt im Lande, hat mit einer DVU-Fraktion im Stadtrat, „Autonomen Nationalisten“ und der bekannten Altlast der „Borussenfront“ von „SS-Siggi“, Siegfried Borchardt, ein immerhin ernstzunehmendes Rechtsextremismus-Problem. Natürlich gibt

es bürgerschaftliches Engagement dagegen. Aber das örtliche „Bündnis Dortmund gegen rechts“ wird inhaltlich von VVN-BdA, DKP und der „Linken“ bestimmt. Die „Linken“-Abgeordnete Ulla Jelpke, aus dem Hamburger „Kommunistischen Bund“ stammend und als harte Befürworterin von Bündnissen mit DKP und Autonomen bekannt, hat in Dortmund ihr Wahlkreisbüro. Kräfte aus diesem Spektrum sind weniger an einer Prävention gegen Rechtsextremismus denn an Eskalation interessiert. Deshalb sind solche Konstellationen denkbar schlechte Voraussetzungen für eine demokratisch fundierte Arbeit gegen Rechtsextremismus.

Ein zweiter Schwerpunkt des ansonsten in Nordrhein-Westfalen eher dünn gesäten Rechtsextremismus ist der niederländisch-belgische Grenzraum um Aachen. Konfrontationen zwischen neonazistischen Kameradschaften und Autonomen sind dort seit Jahren keineswegs selten. Und die Kreisvereinigung der VVN-BdA in Aachen lässt schon auf ihrer Internet-Homepage erken-

nen, dass sie eine Symbiose mit autonomen Gewalttätern eingegangen ist. Zum Teil in deren Diktion wird für typisch autonome Aktionsfelder geworben: „Wenn Rot-Grün Krieg führt, wenn der sozialdemokratische Innenminister sagt, das Boot sei voll, dann kritisieren wir das ebenso wie die Kampagnen eines Roland Koch gegen AusländerInnen oder die Verstrickung der konservativen Parteien in den Militarismus der BRD.“

Eine Organisation, die Zivilgesellschaft bekämpft statt sie gegen Rechtsextremismus zu mobilisieren, kann kein Bündnispartner für Demokraten sein. Glaubwürdige Arbeit gegen Rechtsextremismus sollte auf trojanische Pferde nicht hereinfallen.

Der Autor

Dr. Rudolf van Hüllen ist Politikwissenschaftler und vorwiegend in der Präventionsarbeit gegen Rechts- und Linksextremismus tätig.

Neugier wecken!

Berichte über mangelhaftes Wissen Jugendlicher über die deutsche Diktaturvergangenheit sind notwendig, aber zu viele bleiben da stehen und kommen nicht auf die Idee zu fragen, was denn zu tun sei. Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten wollte es genauer wissen und gab eine Studie in Auftrag.

In einer Medieninformation der Stiftung anlässlich der Präsentation der Studie im Juni 2009 heißt es:

„Die meisten Schüler kommen unvorbereitet und mit Wissenslücken in die Gedenkstätte Bautzen. Sie sind aber neugierig und

keineswegs desinteressiert. Der Aufenthalt führt politische Haft in der DDR anschaulich vor Augen. Er hinterlässt bleibende Eindrücke und regt zu nachträglichen Diskussionen an. Er befördert das Weiterfragen über das in Familie und Umfeld vermittelte DDR-Bild. Insgesamt werden der Besuch und die pädagogische Vermittlungsarbeit in der Gedenkstätte Bautzen sehr positiv bewertet.“

Die vollständige Studie ist als Download verfügbar unter www.stsg.de sowie unter www.museva.de. Die wichtigsten Ergebnisse der Studie sind auf den nachfolgenden Seiten dokumentiert.

Stiftung Sächsische Gedenkstätten
Dr. Bert Pampel

Wesentliche Ergebnisse der Schülerbefragung in der Gedenkstätte Bautzen

I Vor dem Besuch (Ergebnisse schriftlicher Befragung)

1. Die Vorkenntnisse zur DDR-Geschichte sind durchwachsen. Hinsichtlich der Einschätzung der DDR als Diktatur, der Leistungen ihres Wirtschaftssystems sowie ihres Charakters als Sozialstaat gibt es nennenswerte Unsicherheiten oder gar positive Bewertungen. Insgesamt überwiegt aber eine kritische Einstellung zur DDR.

12,2 % meinen, die Regierung der DDR sei demokratisch gewählt worden, 25,3 % antworten „Weiß nicht“.

25,5 % verneinen die Aussage, dass die DDR eine Diktatur war, 23 % antworten „Weiß nicht“.

34,5 % sagen: „DDR war ein Sozialstaat mit guter Versorgung für alle Menschen, 17,5 % sagen: „Weiß nicht“.

Zugleich:

80,7 % verneinen die Aussage, dass die freie Meinungsäußerung in der DDR ein wichtiges Recht war.

Etwa 80 % stimmen der Aussage zu: „Gut, dass die DDR nicht mehr existiert.“

Auf die Frage: „Was fällt Ihnen ganz spontan zur DDR ein?“, fallen knapp die Hälfte aller Nennungen in den Bereich Repression/Überwachung/Diktatur, beispielsweise Begriffe wie: „Stasi“, „Unterdrückung“, „keine Meinungsfreiheit“, „Überwachung“, „Schießbefehl“.

2. Die Vorbereitung des Besuchs in der Gedenkstätte ist unzureichend. (Vorbereitung und Vorkenntnisse erhöhen aber Motivation, Ernsthaftigkeit und Emotionalität der Schüler!)
65,1 % sagen, der Besuch sei in der Schule nicht vorbereitet worden.

54,4 % sagen, die Inhaftierung politischer Gegner in der DDR sei im Schulunterricht kaum oder nicht behandelt worden. (Immerhin 36,6 % sagen dies auch für die Zeit des Nationalsozialismus.)

3. Interesse ist da! Trotz des schulischen Charakters kommt die große Mehrheit der Schüler sehr interessiert und motiviert in die Gedenkstätte.

73,4 % fühlen sich vor dem Besuch „gespannt und neugierig“, nur 20,9 % „gelangweilt und lustlos“.

Drei Viertel antworten auf die Frage nach ihren Erwartungen, dass es „interessant und spannend“ wird.

II Der Besuch (Ergebnisse von Gruppeninterviews)

4. Besuch und Führung in der Gedenkstätte Bautzen werden, bei Verbesserungswünschen im Detail, sehr positiv bewertet.

Über drei Viertel der bewertenden Aussagen in den Gruppeninterviews drücken Lob und Anerkennung aus.

5. Durch den Besuch fühlen sich die Schüler in das Schicksal der Inhaftierten ein, ihr Unrechtsbewusstsein wird angeregt.

„Mein zweiter Eindruck nach dieser Tatsache, dass es mitten in der Stadt liegt, ist, es war dort drin einfach diese bedrückende Atmosphäre. Diese ganzen Zellen, die originalgetreu hergerichtet waren. Man hat sich gefühlt, als würde man ganz frisch hin kommen, obwohl es noch gar nicht so lange her

Schülerbefragung

*ist. Das hat einen schon bewegt, sich das dann so vorzustellen, wie der Alltag dort aussah.“
(Berufsfachschülerin, 20 Jahre)*

6. Die konkreten Einsichten über das Unrecht in Bautzen führen nicht automatisch dazu, dass das Bild von der DDR von verklärenden Aspekten frei wird. Die Einordnung des Besuchs in geschichtliche Zusammenhänge bleibt weitgehend aus. Einseitig positive Darstellungen der DDR werden nach dem Besuch aber hinterfragt.

„Aber ich kann mir das eigentlich jetzt gar nicht mehr vorstellen. Also wo ich das da gesehen habe mit der Stasi, da halt auch. Da kann ich mir das gar nicht so vorstellen, dass es in der DDR besser war. Die sagen zwar immer alles war in der DDR besser, aber also, ich kann mir das eigentlich gar nicht so vorstellen. Weil ich sage, gerade das mit der Stasi, das hat mich betroffen, dass das da so schlimm war.“ (Sekundarschüler, 16 Jahre)

7. Die Schüler stellen nur selten von sich aus aktuelle Bezüge her. Auf Nachfrage stellen sie Verbindungen her zu Menschenrechtsverletzungen in anderen Staaten (z. B. Tibet), zur Diskussion um Online-Durchsuchungen, zu Haftbedingungen heute.

III Folgen des Besuchs (Ergebnisse von Gruppeninterviews)

8. Der Besuch weckt Interesse am Thema und regt zu nachträglichen Diskussionen, z. B. innerhalb der Familie, an. Er gibt Impulse/Anstöße zum Nachdenken.

„Also ich habe schon mit meiner Mutter darüber geredet, weil sie hat ja auch immer eine andere Ansicht davon und so hat sie mir das eigentlich nicht erzählt. Ich meinte auch zu ihr, sie kann sich das ruhig einmal angucken fahren und da eben eine bisschen andere Sicht dazu sehen. Die wusste erst mal überhaupt nicht, dass es so schlimm war dort drin. Aber sie glaubt das halt auch nicht wirklich, dass es so schlimm da drin war.“ (Mittelschüler, 16 Jahre)

9. Der Besuch wirkt vor allem aufgrund seiner Emotionalität nachhaltig. Noch viele Wochen später zeigen sich die Schüler betroffen. Sie können sich an viele Details (Objekte, Eindrücke, aber auch Informationen) erinnern.

Fast die Hälfte der Äußerungen über Erinnerungen an den Besuch bezieht sich auf die Behandlung der Inhaftierten oder der Haftbedingungen.

*„Was für mich überraschend war, dass Spitzel auch unter den Gefangenen waren. Das wusste ich nicht, da war ich auch geschockt. Dass sich noch nicht mal die Gefangenen untereinander vertrauen konnten, denn das ist ja Manipulation in allen Lebensbereichen.“
(Berufsfachschülerin, 20 Jahre)*

10. In den Gruppeninterviews nach dem Besuch werden mehr positive Äußerungen zur DDR getätigt, als im Fragebogen vor dem Besuch. Vermutung: Die Schüler versuchen, die Besuchseindrücke in das in den Familien vermittelte Bild zu integrieren. Dabei werden negative Seiten tendenziell relativiert.

*„Das einzige was ich bloß weiß, ist, dass meine Oma (...) Dass es ihr damals auf jeden Fall viel besser ging. Ich meine, die hat jetzt seitdem die DDR weg ist [...] nie wieder einen wirklichen Job gehabt, außer mal einen 1Euro-Job. Und früher hat sie halt in so einer Schuhfabrik gearbeitet. Und konnte halt damals meiner Tante und meiner Mutter wenigstens ein bisschen etwas bieten. Jetzt eigentlich hat sie im Prinzip gar nichts mehr wirklich.“
(Mittelschüler, 16 Jahre)*

IV Schulische Rahmenbedingungen (Ergebnisse von Einzelinterviews mit Lehrern)

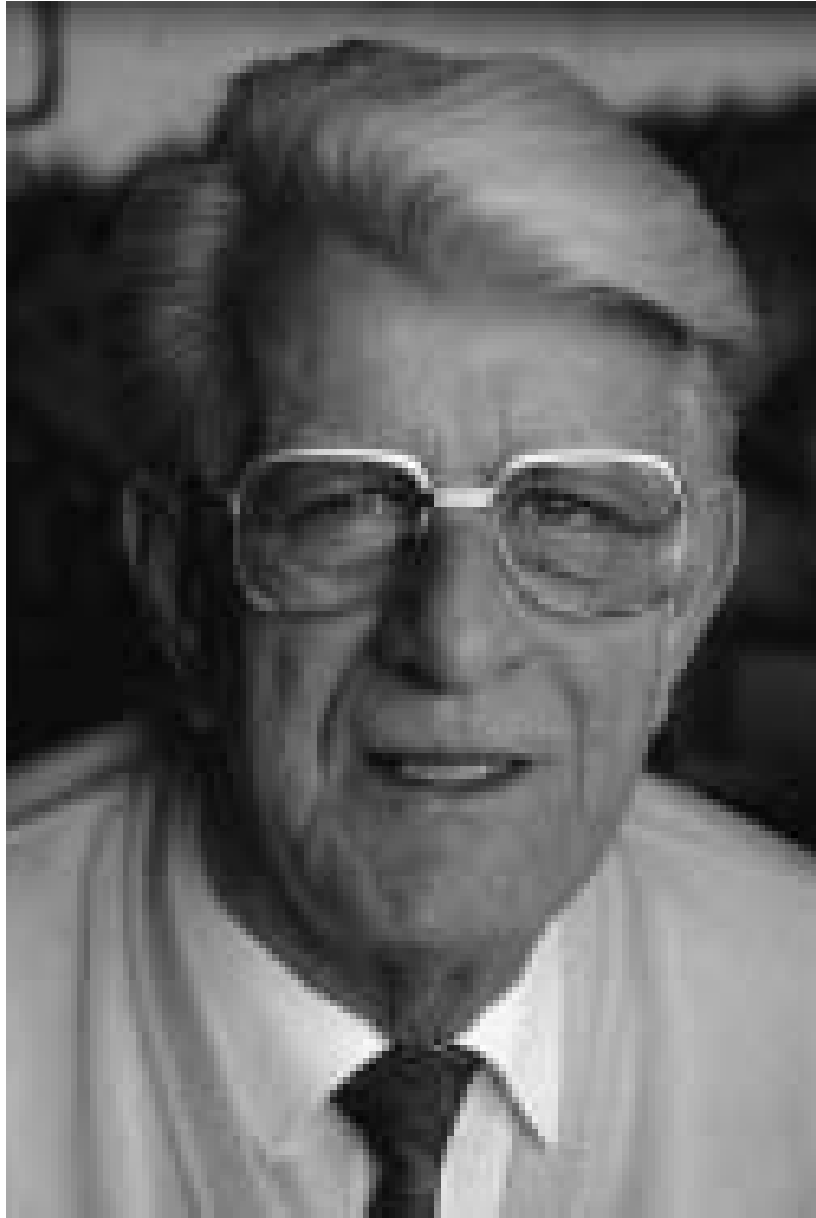
11. Die Lehrer klagen über Probleme der Finanzierung der Fahrten in die Gedenkstätte, Schwierigkeiten bei der Abstimmung innerhalb des Kollegiums, zu wenig Zeit für die Vor- und Nachbereitung, zu wenige Zeitzeugen, zu wenig Stunden Geschichtsunterricht.

Dieter Rieke

21.6.1925 bis 4.9.2009

Ein Freund und nimmermüder Streiter für die Demokratie ist verstorben. Es war ein langes und wäre mit Frau Luise an seiner Seite und den Söhnen, von denen er gern erzählte, ein uneingeschränkt erfülltes und glückliches Leben gewesen, wären da nicht die grausamen langen Schatten der Vergangenheit, wie sie in dieser traumatischen Form wohl nur die totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts hervorbringen konnten. „Haftfolgeschäden“ ist der Begriff, unter dem das zusammengefasst wird und um dessen richtige Anwendung in der heutigen Praxis noch zäh gerungen werden muss, der aber das wahre Elend hunderttausender überlebender Verfolgter in Europa nicht wirklich beschreiben kann, weil hier die Sprache versagt.

Fast neun Jahre hat der Sozialdemokrat Dieter Rieke wegen Zusammenarbeit mit dem Ostbüro beim Parteivorstand der SPD in Haftanstalten des SED-Regimes zugebracht, die längsten Jahre und zuletzt im Zuchthaus Bautzen 1, dem „Gelben Elend“, ehe er 1957 buchstäblich über Nacht entlassen, ja rausgeschmissen wurde. Was war geschehen? Das sah ja so aus, als sei sein „Fall“ zur Chefsache gemacht worden. Richtig, sogar des allerhöchsten Chefs (Walter Ulbricht) gleich nach dem sowjetischen Hohen Kommissar, der jetzt als Botschafter bezeichnet wurde. Erst später im Westen erfuhr Dieter Rieke, was damals abgelaufen war. Das SED-Regime hatte einen der begehrten Westbesuche erhalten: eine britische Unterhausabgeordnete der Labour-Fraktion, die eine Liste mit politischen Langzeithäftlingen bei sich hatte. Im Vieraugengespräch buhlte Ulbricht um Anerkennung der DDR oder doch wenigstens um ein bisschen Wohlwollen und Verständnis für den Kampf „gegen den gemeinsamen Gegner, den westdeutschen Impe-



Dieter Rieke 1925 bis 2009

rialismus“, und der Erste Sekretär log, dass sich die Balken bogen. Da zog die britische Politikerin die Liste und nannte u.a. den Namen Dieter Rieke. Ulbricht versprach, sich darum zu kümmern und sie am nächsten Tag zu benachrichtigen, was er auch tat. Die Nachricht lautete: In keinem Gefängnis der

DDR gibt es einen Dieter Rieke. Das stimmte, Dieter Rieke war über Nacht entlassen worden.

Die Feststellung, dass alle Menschen Fehler haben – also auch Dieter Rieke – ist banal. Weniger banal war eine seiner Tugenden, die Treue zu sich selbst und zu sei-

ner politischen Grundüberzeugung. Das konnten sie ihm im Gelben Elend nicht ausprägeln, und das konnte ihm seine eigene Partei in Freiheit selbst dann nicht vermiesen, als sie Lafontaine 1990 als Kanzlerkandidat und trotz Wahlschlappe fünf Jahre später als Vorsitzenden präsentierte. Was Dieter Rieke überhaupt nicht lag, war Geschmeidigkeit dann zu zeigen, wenn der Brechreiz überwog. In einem Blick zurück schrieb er im Jahre 2006:

„Vom 18. bis 20. Dezember 1989 fand im Berliner Kongresszentrum

der Programmpartytag der SPD mit Vertretern der in Ostdeutschland wiedererstandenen Sozialdemokratischen Partei (SDP) statt. Die Parteiführung in Bonn hatte mich gebeten, einige Worte des Gedenkens an die Zeit der Verfolgung und Haft in der damaligen DDR zu sprechen. Hinter mir in der ersten Reihe des Vorstandspodiums hörte ich, wie sich der saarländische Ministerpräsident Lafontaine bei seinem Nachbarn Hans-Jochen Vogel erkundigte, wer ich denn sei und ob es nach Kriegsschluss tatsächlich so viele Verfolgte und Verhaftete gegeben habe. Nach meiner An-

sprache dankte ich Hans-Jochen Vogel mit einem Handschlag für die Gelegenheit, im Namen meiner Kameraden auf diesem Parteitag zu sprechen. Die von Lafontaine ausgestreckte Hand ließ ich dann mit einem Kopfschütteln unbeachtet.“ (Dieter Rieke: Zeiten vergehen – die Erinnerung bleibt. Aus der Sicht von überlebenden Opfern beider Diktaturen, in: FREIHEIT UND RECHT, April 2006/1)

Dieter Rieke ist sich immer treu geblieben. In Dankbarkeit nimmt die Redaktion Abschied.

Jürgen Maruhn

Beginn des Zweiten Weltkriegs:

70 Jahre Hitler-Stalin-Pakt

OSZE erklärt 23. August zum europaweiten Gedenktag EU-Parlament zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus Kombinierte Auseinandersetzung mit NS- und SED-Epoche

Mit dem Hitler-Stalin-Pakt von 1939 verschafften sich die Nationalsozialisten sowjetische Rückenbedeckung für den Angriff auf Polen und damit eine wichtige Voraussetzung für die Auslösung des 2. Weltkriegs. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hat diesen Tag, den 23. August, zu einem europaweiten Gedenktag für die Opfer beider totalitärer Regime erklärt und Gegenwind vom offiziellen Russland bekommen: „Falsifizierung der Geschichte zum Nachteil der Interessen Russlands“.

Lesenswert ist die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. April 2009 zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus (nächste Seite). Dort heißt es: „Das Europäische Parlament ... in der Erwägung, dass es vom Blickwinkel der Opfer aus unwesent-

lich ist, welches Regime sie aus welchem Grund auch immer ihrer Freiheit beraubte und sie foltern oder ermorden ließ,

1. bekundet seinen Respekt für sämtliche Opfer totalitärer und undemokratischer Regime in Europa und bezeugt seine Hochachtung denjenigen, die gegen Tyrannei und Unterdrückung gekämpft haben; ...

15. fordert die Erklärung des 23. August zum europaweiten Gedenktag an die Opfer aller totalitären und autoritären Regime, der in Würde und unparteiisch begangen werden soll;

16. ist davon überzeugt, dass das letzte Ziel der Offenlegung und Bewertung der von den totalitären kommunistischen Regimen begangenen Verbrechen in der Wiederaussöhnung besteht, die durch das

Eingeständnis von Verantwortung, die Bitte um Vergebung und die Förderung einer moralischen Erneuerung erreicht werden kann; ...“

Diese in klarer Sprache vorgetragene präzise Logik, die offenbar keine absurde Unterteilung in Opfer erster und zweiter Klasse kennt, wäre manches Mal auch deutschen amtlichen Stellen zu wünschen. Immerhin hat das am Anfang noch recht zerbrechliche Bemühen um eine kombinierte Auseinandersetzung mit der kommunistischen, faschistischen und nationalsozialistischen Vergangenheit, kurzum: der antidemokratischen Epoche in Europa, in den letzten Jahren mehr und mehr Zustimmung erfahren. Die Demokraten in Deutschland tun gut daran, dem Vorbild der Europäischen Union ohne Zögern zu folgen. J. M.

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. April 2009 zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf die von den Vereinten Nationen verkündete Allgemeine Erklärung der Menschenrechte,
 - unter Hinweis auf die Resolution 260 (III) A der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 9. Dezember 1948 zum Völkermord,
 - unter Hinweis auf die Artikel 6 und 7 des Vertrags über die Europäische Union,
 - unter Hinweis auf die Charta der Grundrechte der Europäischen Union,
 - unter Hinweis auf den Rahmenbeschluss 2008/913/JI des Rates vom 28. November 2008 zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit(1) ,
 - unter Hinweis auf die Resolution 1481 der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 26. Januar 2006 zur Notwendigkeit der internationalen Verurteilung der Verbrechen totalitärer kommunistischer Regime,
 - unter Hinweis auf die von ihm am 23. September 2008 angenommene Erklärung zur Erklärung des 23. August zum Europäischen Gedenktag an die Opfer von Stalinismus und Nazismus(2) ,
 - unter Hinweis auf seine zahlreichen früheren Entschlüsse zur Demokratie und zur Achtung der Grundrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der am 12. Mai 2005 angenommenen Entschließung zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa am 8. Mai 1945(3) , der Entschließung vom 23. Oktober 2008 zum Gedenken an den Holodomor(4) und der Entschließung vom 15. Januar 2009 zu Srebrenica(5) ,
 - unter Hinweis auf die in verschiedenen Teilen der Welt eingerichteten Kommissionen für Wahrheit und Gerechtigkeit, die denjenigen, die unter zahlreichen früheren autoritären und totalitären Regimen gelebt haben, Hilfestellung dabei geleistet haben, ihre Gegensätze zu überwinden und die Wiederaussöhnung zu erreichen;
 - unter Hinweis auf die Erklärungen seines Präsidenten und der Fraktionen vom 4. Juli 2006 70 Jahre nach dem Staatsstreich von General Franco in Spanien,
 - gestützt auf Artikel 103 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass Historiker darin übereinstimmen, dass völlig objektive Auslegungen historischer Tatsachen nicht möglich sind und es keine objektive Geschichtsschreibung gibt; unter Hinweis darauf, dass Berufshistoriker dennoch wissenschaftliche Instrumente zur Erforschung der Vergangenheit einsetzen und dabei bemüht sind, so unparteiisch wie möglich zu sein,
- B. unter Hinweis darauf, dass keine politische Institution und keine Partei ein Monopol für die Auslegung der Geschichte besitzt und für sich Objektivität beanspruchen kann,

EU-Parlament zum Totalitarismus

- C. unter Hinweis darauf, dass offizielle politische Auslegungen historischer Fakten nicht durch Mehrheitsbeschlüsse von Parlamenten aufgezwungen werden sollten; in der Erwägung, dass kein Parlament mit Rechtsvorschriften die Vergangenheit bewerten kann,
- D. in der Erwägung, dass ein Kernziel des Prozesses der europäischen Integration darin besteht, in Zukunft die Achtung der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten, sowie in der Erwägung, dass in den Artikeln 6 und 7 des Vertrags über die Europäische Union geeignete Mechanismen zur Verwirklichung dieses Ziels vorgesehen sind,
- E. in der Erwägung, dass falsche Auslegungen der Geschichte den Nährboden für eine Politik der Ausgrenzung schaffen und damit zu Hass und Rassismus anstiften können,
- F. in der Erwägung, dass die Erinnerung an die tragische Vergangenheit Europas wach gehalten werden muss, um die Opfer zu ehren, die Täter zu verurteilen und die Fundamente für eine Aussöhnung auf der Grundlage von Wahrheit und Erinnerung zu legen,
- G. unter Hinweis darauf, dass während des 20. Jahrhunderts in Europa Millionen von Opfern von totalitären und autoritären Regimen deportiert, inhaftiert, gefoltert und ermordet wurden; in der Erwägung, dass der einzigartige Charakter des Holocaust nichtsdestoweniger anerkannt werden muss,
- H. in der Erwägung, dass die dominierende historische Erfahrung Westeuropas der Nazismus war und die Länder Mittel- und Osteuropas sowohl den Kommunismus als auch den Nazismus erfahren haben; in der Erwägung, dass das Verständnis für das zweifache diktatorische Erbe dieser Länder gefördert werden muss,
- I. in der Erwägung, dass die europäische Integration von Beginn an eine Antwort auf das Leiden war, das von zwei Weltkriegen und der Tyrannei des Nationalsozialismus verursacht wurde, die zum Holocaust sowie zur Ausbreitung totalitärer und undemokratischer kommunistischer Regime in Mittel- und Osteuropa führten, und ein Weg zur Überwindung tiefer Spaltungen und Feindseligkeiten in Europa im Wege der Zusammenarbeit und Integration sowie zur Beendigung des Krieges und zur Sicherung der Demokratie in Europa,
- J. in der Erwägung, dass der Prozess der europäischen Integration erfolgreich gewesen ist und jetzt zu einer Europäischen Union geführt hat, die die Länder Mittel- und Osteuropas einschließt, welche vom Ende des zweiten Weltkrieges bis zu Beginn der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts unter kommunistischen Regimen gelebt haben; ferner unter Hinweis darauf, dass die früheren Beitritte Griechenlands, Spaniens und Portugals, die während langer Jahre unter faschistischen Regimen zu leiden hatten, Hilfestellung bei der Konsolidierung der Demokratie im Süden Europas geleistet haben,
- K. unter Hinweis darauf, dass Europa erst dann vereint sein wird, wenn es imstande ist, zu einer gemeinsamen Sicht seiner Geschichte zu gelangen, Nazismus, Stalinismus und faschistische sowie kommunistische Regime als gemeinsames Erbe anerkennt und eine ehrliche und tiefgreifende Debatte über deren Verbrechen im vergangenen Jahrhundert führt,
- L. unter Hinweis darauf, dass das wiedervereinigte Europa im Jahre 2009 den 20. Jahrestag des Zusammenbruchs der kommunistischen Diktaturen in Mittel- und Osteuropa und des Falls der Berliner Mauer begehen wird, was sowohl Anlass für ein ausgeprägteres Bewusstsein der Vergangenheit und eine Anerkennung der Rolle demokratischer Bürgerinitiativen als auch ein Anreiz für eine Stärkung des Gefühls der Zusammengehörigkeit und des Zusammenhalts sein sollte,

EU-Parlament zum Totalitarismus

M. in der Erwägung, dass es ebenfalls wichtig ist, derer zu gedenken, die sich aktiv der totalitären Herrschaft widersetzt haben und die aufgrund ihrer Hingabe, ihres Festhaltens an Idealen, ihres Ehrgefühls und ihres Mutes als Helden des totalitären Zeitalters in das Bewusstsein der Europäer Eingang finden sollten,

N. in der Erwägung, dass es vom Blickwinkel der Opfer aus unwesentlich ist, welches Regime sie aus welchem Grund auch immer ihrer Freiheit beraubte und sie foltern oder ermorden ließ,

1. bekundet seinen Respekt für sämtliche Opfer totalitärer und undemokratischer Regime in Europa und bezeugt seine Hochachtung denjenigen, die gegen Tyrannei und Unterdrückung gekämpft haben;
2. bekräftigt seinen Einsatz für ein friedvolles und wohlhabendes Europa auf der Grundlage der Werte der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, der Demokratie, der Gleichheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte;
3. betont, wie wichtig es ist, das Gedenken an die Vergangenheit wach zu halten, da es keine Aussöhnung ohne Wahrheit und Erinnerung geben kann; bekräftigt seine vereinte Ablehnung aller Formen von Totalitarismus jedweden ideologischen Hintergrunds;
4. erinnert daran, dass die jüngsten Verbrechen gegen die Menschheit und Akte von Völkermord in Europa noch im Juli 1995 stattfanden und dass es der ständigen Wachsamkeit bedarf, um undemokratische, fremdenfeindliche, autoritäre und totalitäre Ideologien und Tendenzen zu bekämpfen;
5. unterstreicht, dass Dokumentationen und Augenzeugenberichte zur bewegten Vergangenheit Europas zwecks Stärkung des europäischen Bewusstseins für die Verbrechen totalitärer und undemokratischer Regime Unterstützung verdienen, da es keine Wideraussöhnung ohne Erinnerung geben kann;
6. bedauert, dass der Zugang zu Dokumenten, die von persönlicher Bedeutung bzw. für die wissenschaftliche Forschung notwendig sind, 20 Jahre nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen in Mittel- und Osteuropa in einigen Mitgliedstaaten noch immer über Gebühr eingeschränkt wird; fordert konkrete Bemühungen in allen Mitgliedstaaten mit Blick auf eine Öffnung der Archive, einschließlich der Archive der ehemaligen internen Sicherheitsdienste, der Geheimpolizei und der Nachrichtendienste, wobei jedoch Schritte unternommen werden müssen, um sicherzustellen, dass dieser Prozess nicht zu politischen Zwecken missbraucht wird;
7. verurteilt entschieden und unzweideutig alle Verbrechen gegen die Menschheit und die massiven Menschenrechtsverletzungen, die von sämtlichen totalitären und autoritären Regimen begangen worden sind; bekundet den Opfern dieser Verbrechen und ihren Familienangehörigen sein Mitgefühl, sein Verständnis und seine Anerkennung ihrer Leiden;
8. erklärt, dass die europäische Integration als Modell für Frieden und Aussöhnung auf einer freien Entscheidung der Völker Europas beruht, sich zu einer gemeinsamen Zukunft zu verpflichten, und dass der Europäischen Union eine besondere Verantwortung für die Förderung und die Sicherung der Demokratie sowie die Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit sowohl innerhalb als auch außerhalb der Europäischen Union zukommt;
9. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, weitere Bemühungen zu unternehmen, um den Unterricht über europäische Geschichte zu intensivieren und die historische Errungenschaft der europäischen Integration sowie den augenfälligen Gegensatz

EU-Parlament zum Totalitarismus

zwischen der tragischen Vergangenheit und der friedlichen und demokratischen Gesellschaftsordnung in der heutigen Europäischen Union herauszustellen;

10. vertritt die Auffassung, dass eine angemessene Bewahrung der historischen Erinnerung, eine umfassende Neubewertung der europäischen Geschichte und eine europaweite Anerkennung aller historischen Aspekte des modernen Europa die europäische Integration stärken werden;

11. fordert in diesem Zusammenhang den Rat und die Kommission auf, die Tätigkeiten nichtstaatlicher Organisationen wie etwa Memorial in der Russischen Föderation, die aktiv darum bemüht sind, Dokumente im Zusammenhang mit den während der stalinistischen Zeit verübten Verbrechen ausfindig zu machen und zusammenzutragen, zu unterstützen und zu verteidigen;

12. bekräftigt seine anhaltende Unterstützung für ein verstärktes internationales Justizsystem;

13. fordert die Errichtung einer Plattform für das Gedächtnis und das Gewissen Europas, um Unterstützung für die Vernetzung und die Zusammenarbeit unter nationalen Forschungsinstituten zu bieten, deren Fachgebiet die Geschichte des Totalitarismus ist, sowie die Errichtung eines gesamteuropäischen Dokumentationszentrums bzw. einer gesamteuropäischen Gedenkstätte für die Opfer aller totalitären Regime;

14. fordert eine Verstärkung der bestehenden einschlägigen Finanzinstrumente mit Blick auf die Unterstützung der professionellen historischen Forschung zu den vorstehend genannten Themen;

15. fordert die Erklärung des 23. August zum europaweiten Gedenktag an die Opfer aller totalitären und autoritären Regime, der in Würde und unparteiisch begangen werden soll;

16. ist davon überzeugt, dass das letztliche Ziel der Offenlegung und Bewertung der von den totalitären kommunistischen Regimen begangenen Verbrechen in der Wiederaussöhnung besteht, die durch das Eingeständnis von Verantwortung, die Bitte um Vergebung und die Förderung einer moralischen Erneuerung erreicht werden kann;

17. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, den Parlamenten der Mitgliedstaaten, den Regierungen und Parlamenten der Bewerberländer, den Regierungen und Parlamenten der mit der Europäischen Union assoziierten Länder sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten des Europarates zu übermitteln.

(1) ABl. L 328 vom 16.9.2002, S. 55.

(2) Angenommene Texte, P6 TA(2008)0439

(3) ABl. C 92 E vom 20.4.2006, S. 392.

(4) Angenommene Texte, P6 TA(2008)0523.

(5) Angenommene Texte, P6 TA(2009)0028.

Quelle:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2009-0213+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

„Das Heine'sche an ihm ...“

Ralph Giordano: Rede zum 10. Todestag von Jürgen Fuchs

Mit dem Tod von Jürgen Fuchs ist ein Freund gegangen, wie es in meinem langen Leben keinen zweiten gab. Ich weiß, was ich sage, und was natürlich keine Zurücksetzung anderer sehr Nahestehender bedeutet. Es ist vielmehr der Ausdruck für eine Begegnung, die mich von der ersten Stunde an, also vor mehr als 30 Jahren, innerlich in eine bestimmte Position versetzte: Nicht ich, der umso vieles Ältere, war der Senior - er war es, Jürgen Fuchs, der mein Sohn hätte sein können! Ich sah mich in der Rolle des Junior, eine singuläre Erfahrung, an der sich bis zu seinem Tod vor zehn Jahren nichts geändert hat. Es sei denn, die Grundstellung hätte sich im Laufe der Zeit noch verfestigt.

Dies ist ein öffentliches Geständnis, gebracht in Trauer, dass ich es nicht mehr vor ihm selbst ablegen konnte.

Es war das Fertige an ihm, weit über seine Jahre hinaus, das erstaunte und überraschte - er hatte früh zu sich selbst gefunden, dieser verletzte Mann, sehr früh.

Als ich ihn das erstemal traf, kurz nach seiner Ausweisung - Tempelhofer Damm 54 schon - hatte er gerade Besuch erhalten, von einem Fernsichteam des Bayerischen Rundfunks, Leute, die dumme Fragen stellten, von totaler innerer Beziehungslosigkeit zum Schicksal ihrer Interviewbeute. Als die sich der Zumutung einer Befragung entzog, sie verweigerte, musste er sich anhören: „Können Sie sich das überhaupt finanziell erlauben?“ Da fragte ich mich: Wie soll er dieses Land aushalten - die gerade noch am eigenen Leib gespürte grausame DDR-Wirklichkeit, und die geballte Unsensibilität westlich davon?

Deutschland, deine Dissidenten...

Auf dem Schleifstein der Geschichte ganz schön blank gewetzt, schälten sich für mich, beseligend das eine, schmerzhaft das andere, klare Konturen von Freund und Feind heraus. Ich bin stolz, sagen zu dürfen: Die-

ser war mein Freund, und ich der seine.

Und ich war es, und bin es, weil er *ehrlich* war. Ich meine das nicht unter dem Aspekt des bloßen Gegensatzes von Wahrheit und Lüge, ich meine es als Urform seiner Erscheinung, seiner Individualität: Jürgen Fuchs war *transparent, durchscheinend*. Der Volksmund sagt: Er trägt sein Herz auf der Zunge - Jürgen Fuchs trug sein Herz auf der Zunge.

Ich war sein Freund, und bin es, weil ich ihn, wenn in Zweifeln, heimlich befragte: wie würde *er* reagieren, wie er entscheiden? Ich zählte auf seine Kundigkeit. Was er sagte, war durchdacht.

Ich war sein Freund, und bin es, weil er in dieser Welt babylonischer Wirrnis, einer Welt der Gewalt, der Gegengewalt und einstürzender Gewissheiten, mir so etwas wie ein Kompass war.

Ich war sein Freund, und bin es, weil er gequält worden ist, um seiner Lauterkeit willen - er war in Haft, er war in Angst - um die Seinen, um sich selbst, er war in Ungewissheit. Da verharre ich einen Augenblick und denke daran zurück, wie ich in Haft war, in Angst - um die Meinen, um mich selbst, und, wie er, in Ungewissheit. So wird man einander Freund.

O ja, richtig - das Kriminalgewicht des Holocaustregimes war ungleich schwerer als das der Hammer- und Zirkel-DDR. Aber wird ein so scheußliches System wie das des realexistierenden Sozialismus etwa weniger scheußlich dadurch, daß es ein noch scheußlicheres gab?

Ich war Jürgens Freund, und bin es, weil er, was er tat, nicht nur für sich allein tat - er tat es für andere, gegen die Freiheitsbeschränker und sehenden Auges, was ihm dabei zustoßen könnte. Ihm und der Familie - klassische Geisel in den Händen der Folterer, größtes Unrecht und gemeinstes Verbrechen, das Menschen von Menschen ange-

tan werden kann. Lilo weiß, wovon ich spreche. Es heißt, die Grenzen zwischen Täter und Opfer können verschwimmen, können amalgamieren... Mag sein - hier, bei diesem Opfer, nicht. Es gibt eindeutige Situationen, da stehen sich Gut und Böse unvereinbar gegenüber - Jürgen Fuchs und die Stasi...

Ich war sein Freund, und bin es, weil er uns in vielen Büchern und Schriften seine Integrität hinterlassen hat, ein bleibendes Erbe.

Schließlich: Sein Zorn über die Täter, die auch diesmal wieder davongekommen sind, ist der meine, und mein Schwur, dennoch nicht aufzugeben, war der seine. Untergang der DDR, Wiedervereinigung und die Folgen - Stoff, sich endlos zu engagieren. Der Tod hat es anders gewollt.

Nach seinen Schwächen habe ich nicht gefahndet, sie gehörten zu ihm, wie zu jedem Menschen. Anderes war exemplarisch, zum Beispiel, daß er unfähig war, mich zu enttäuschen.

Der Deutsche Jürgen Fuchs hat das Seine dazu getan, daß ich, nach allem, meinem Fluchinstinkt nicht nachgab und in diesem schwierigen Land geblieben bin. Das Heine'sche an ihm ist so vertraut, diese dauernde Zerreißprobe zwischen Anziehung und Abstoßung. Dahinter aber konturierte sich eine Liebesfähigkeit, die, nur allzu oft unerwidert, suchte und suchte und suchte... Wer das erkannte, den traf es bis ins Innerste.

Keiner hat mich mehr provoziert als er, Friedrich Hölderlin zu zitieren: „So kam ich unter die Deutschen...“ - allem voran jene Stelle aus „Hyperion“, vier Zeilen nur und doch eine der erschütterndsten Klagen der Weltliteratur:

„O gäb' es eine Fahne, ein Thermopylä,
wo ich in Ehre sie verbluten könnte,
all die einsame Liebe,
die mir nimmer brauchbar ist...“

In memoriam Jürgen Fuchs.

Fabian von Schlabrendorff – ein Patriot gegen Hitler

Von Hans-Jürgen Grasemann

Im Hollywood-Film „Operation Walküre“ ist Claus Schenk Graf von Stauffenberg die Lichtgestalt des deutschen Widerstandes. Der Hitler-Attentäter Fabian von Schlabrendorff wird hingegen nicht einmal namentlich erwähnt. Ihn spielt in einer Nebenrolle Philipp von Schulthess, ein Enkel Stauffenbergs. Dabei war es Schlabrendorff, der schon ein Jahr vor dem 20. Juli 1944 zusammen mit seinem Freund und Vorgesetzten Henning von Tresckow ein Attentat auf Hitler gewagt hat.

Am 1. Juli 1907 als Sohn eines preußischen Generals in Halle (Saale) geboren, arbeitete Schlabrendorff als Jurist im preußischen Innenministerium. Er war verheiratet mit Luitgarde von Bismarck, einer Enkelin der Widerstandskämpferin Ruth von Kleist-Retzow. Als Leutnant der Reserve wurde er Adjutant seines Vetters Henning von Tresckow, der zu den führenden Köpfen der militärischen Opposition gehörte. Nach seiner Entscheidung für den aktiven Widerstand diente er als geheimer Verbindungsmann zwischen Tresckows Hauptquartier an der Ostfront und der Verschwörergruppe in Berlin um General Ludwig Beck und Carl Friedrich Goerdeler.

Als Hitler die Heeresgruppe Mitte in Smolensk am 13. März 1943 besuchte, schmuggelten Tresckow und Schlabrendorff zwei als Kognakflaschen getarnte Bomben an Bord von Hitlers „Condor“. Die von Schlabrendorff aktivierten Zünder waren so eingestellt, dass das Flugzeug 30 Minuten nach dem Start auf dem Rückflug abstürzt. Das

Attentat misslang, weil jemand die beiden Flaschenbomben arglos im Frachtraum der Maschine verstaut hatte, so dass die englischen Zünder wegen der tiefen Temperaturen in Flughöhe vereisten. Mit Glück und



Fabian von Schlabrendorff
Foto: Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Geschick gelang Schlabrendorff in der „Wolfsschanze“ der Austausch der explosiven Präsente gegen echte Kognakflaschen. Während der Rückfahrt nach Berlin stellte er fest, dass der Schlagbolzen, der die Explosion hätte auslösen sollen, zwar nach vorn geschlagen war, das Zündhütchen sich aber nicht entzündet hatte.

Von dem gescheiterten Anschlag hätte die Welt nicht erfahren, wenn Schlabrendorff den Rachefeldzug des Regimes nach dem Attentat vom

20. Juli 1944 nicht überlebt hätte. Die Vorsehung wollte es, dass am Tag der Verhandlung gegen ihn am 3. Februar 1945 vor dem Volksgerichtshof, dessen Präsident Roland Freisler bei einem Luftangriff im Gerichtsgebäude von einem Balken tödlich getroffen wurde, die Verfahrensakte Schlabrendorff in der Hand.

Am 16. März 1945 wurde Schlabrendorff überraschend freigesprochen, von der Gestapo aber sofort erneut verhaftet und in das Konzentrationslager Flossenbürg verschleppt, wo im April an seinen Mitstreitern Admiral Wilhelm Canaris, General Hans Oster und dem Theologen Dietrich Bonhoeffer das Todesurteil vollstreckt wurde. Vor seiner glücklichen Befreiung in Südtirol durch US-Soldaten hatte ihn die Gestapo noch in die Konzentrationslager Dachau und Innsbruck verlegt.

Sein 1946 erschienenes Buch „Offiziere gegen Hitler“ hat das Bild von den Verschwörern des 20. Juli stark geprägt,

aber nicht verhindert, dass die am Widerstand Beteiligten noch lange danach als Verräter verleumdet wurden und ihnen Hass entgegen schlug.

Nach dem Kriegsende war Schlabrendorff als Rechtsanwalt und Notar in Frankfurt/Main und in Wiesbaden tätig. Als Richter am Bundesverfassungsgericht von 1967 bis 1975 hat der als weltoffen und sehr gebildet beschriebene Jurist, der sich schon frühzeitig für Geschichte, Theologie, Philosophie und Außenpolitik interessiert hat, an der für die

innerdeutschen Beziehungen so wichtigen Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR 1973 mitgewirkt.

Gestorben ist von Schlabrendorff am 3. September 1980 in Wiesbaden. Seine letzte Ruhestätte hat er auf dem kleinen Friedhof in Morsum auf Sylt gefunden, zusammen mit seiner Frau Luitgarde.

Über seinen Tod hinaus bleibt Fabian von Schlabrendorff vor allem als Widerstandskämpfer in Erinnerung. Sein Buch „Offiziere gegen Hitler“ hat als erstes Werk über den militärischen Widerstand gegen das NS-Regime seit 1946 mehrere Auflagen erlebt und weit über Deutschland hinaus Beachtung gefunden. Unvergessen sind seine Gedenkreden 1957 und 1967 am 20. Juli im Ehrenhof des Bendlerblocks in der Stauffenbergstraße. Sie sind Zeugnis für die Legitimität des Widerstandes:

„Wir vom Widerstand kämpften gegen den Nationalsozialismus, aber für Deutschland. Das ist das Charakteristikum der nationalsozialistischen Zeit, welches die Männer des Widerstands während des Tages nicht losließ und ihnen über die Nacht den Schlaf raubte... Was den Nationalsozialismus charakterisiert, ist die Tatsache, dass er statt des Rechts das Unrecht, statt der Freiheit die Wirrnis, statt der Wahrheit die Lüge, statt der Menschlichkeit die Brutalität zum tragenden Prinzip erhob... Der Nationalsozialismus ist nicht der Unglaube an die Macht des Gewissens im Menschenherzen, der Nationalsozialismus ist der Gegenglaube an die Macht der Willkür...“

Zum Vorwurf des Hochverrats gegen die Toten des 20. Juli hat der spätere Verfassungsrichter 1957 ausgeführt:

„Man spricht von Hochverrat, aber man vergisst dabei, dass ein Staat nur bestehen kann, wenn er auf dem Boden der Sittlichkeit gegründet ist und die Staatsführung die Unsittlichkeit zum tragenden Prinzip macht, wenn eine Kluft sich ergibt, die nur geschlossen werden kann: durch Revolution. Es gibt eben Zeiten, in denen muss, um das Recht wiederherzustellen, das Gesetz gebrochen werden...“

Dem Vorwurf vom Bruch des Fahnenedes begegnete Schlabrendorff mit Friedrich dem Großen: „*Das Volk ist von seiner durch den Eid geleisteten Treupflicht enthoben, wenn der Herrscher seine oberste Pflicht, für das Wohl des Volkes zu sorgen, verletzt hat*“. Und: „*Ich habe ihn*

Haeften hingerichtet wurden, hat Schlabrendorff 1967 für die Toten des Widerstandes den Respekt gefordert, der ihnen gebührt: „Auf eines freilich warten die Toten heute noch, dass eine Zeit heran bricht, die sie allgemein als Mahner und Patrioten bewertet und ehrt.“

Mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes vor 60 Jahren sind die Saatkörner aufgegangen, die die Männer und Frauen des Widerstandes für eine neue Welt gelegt haben. Das lebenslange Wirken Fabian von Schlabrendorffs hat dazu beigetragen, dass ihr Vermächtnis von den Deutschen längst angenommen worden ist.

Im Gegensatz zu „Operation Walküre“ wird der Film „Die Stunde der Offiziere“ (ZDF 2004), den ARTE am 24. Juni 2009 dankenswert erneut ausgestrahlt hat, Schlabrendorffs



Grab auf dem Friedhof in Morsum auf Sylt

Foto: Hans-Jürgen Grasmann

zum General gemacht, damit er weiß, wann er nicht zu gehorchen hat.“

Der Stelle nahe, an der in der Nacht vom 20. zum 21. Juli 1944 General Olbricht, Oberst Graf von Stauffenberg, Oberst Ritter Mertz von Quirnheim und Oberleutnant von

Teilhabe und seiner Bedeutung gerecht. Er, der nach Auskunft seiner Söhne es abgelehnt hätte, als Held bezeichnet zu werden, wird gar als „eher ängstlich veranlagt“ beschrieben. Er war ein stiller Attentäter, ein Patriot, der für sein Vaterland mehr als andere zu geben bereit war.

George Orwell und der Spanische Bürgerkrieg

Von Martin Rooney

In der Geschichte des 20. Jahrhunderts gibt es wohl nur zwei Momente, in denen der Mensch dem *Traum von der Freiheit* sehr nahe gekommen ist. Zum einen während der Revolution Machnos gegen die bolschewistische Diktatur in der Ukraine (1917-1921) und zum anderen im Spanischen Bürgerkrieg. Es sind Versuche einer sozialen Revolution, in denen die Menschen, ohne an eine bestimmte Parteibibel zu denken, einfach das taten, was sie für richtig hielten. Von den Vorgängen in der Ukraine weiß in Deutschland bis heute kaum jemand etwas, und mit dem Spanischen Bürgerkrieg verhielt es sich auch lange so.

Es gab zwar einige Darstellungen, in denen aber Rechte wie Linke die Revolution in Spanien in überraschender Eintracht entstellten und negativ bewerteten. Eine frühe Ausnahme bildete der englische Schriftsteller George Orwell (1903-1950), der mit dem bürgerlichen Namen Eric Arthur Blair zur Welt kam. Orwell, so lässt sich aus heutiger Sicht resümieren, war ein Kind jener schäbig vornehmen Unterschicht der Oberschicht in England, die von wenig mehr zusammengehalten wurde als von bröckelnden Werten: Ehre, Ehe, anständiges Englisch, Soldatentugenden und dem Dünkel gegenüber der Unterklasse. Nachdem Orwell 1927 aus Abscheu vor dem Imperialismus den britischen Kolonialdienst quittiert hatte, hatte er beschlossen, abzusteigen. Hatte sich gebrauchte Klamotten gekauft, hatte in den Arbeitervierteln von London und Paris gelebt, war durch Südengland als Hopfenpflücker, Gelegenheitsarbeiter, Kellner und Hilfslehrer vagabundiert, hatte anschließend eine Sozialreportage über die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf das nordwest-englische Kohlerevier verfasst. So

verwandelte sich der Eton-Absolvent mit bürgerlichem Habitus und Akzent namens Eric Arthur Blair Stück für Stück in einen linken Schriftsteller, der sich den Namen George Orwell gab - auch äußerlich. Er war ein schlaksiger, hagerer Mann, einen Meter neunzig groß, der nun mit ein paar Hosen und abgestoßenen Jacketts durchs Leben zu kommen pflegte, selten länger als fünf Stunden schlief, weil er, trotz seiner einschüchternden Produktivität als Autor, nie das Gefühl verlor, „dass ich zuviel Zeit vertrödele“. Orwell besaß fraglos (nicht nur in gesundheitlicher Hinsicht) eine Tendenz zur Selbstgefährdung – eine Unbedingtheit des Denkens und Handelns, die gegen sich selbst ohne Rücksicht war. Sicher ist, dass auf Orwell lost causes eine starke Anziehungskraft ausübten und er eine intensive Neigung besaß, sich mit den Schwachen und Unterlegenen zu verbinden, weil sie schwach und unterlegen waren. Der Schriftsteller bezeichnete sich als „vom Gefühl her definitiv links“, nannte sich „einen wertekonservativen Anarchisten“. Er begann die Anreise nach Spanien als Abenteuer mit einer knappen Reisekasse, weil er als Journalist zunächst Reportagen über das spanische Drama verfassen wollte, dann dort die Schreibmaschine mit dem Karabiner vertauschte und zu einem der wichtigsten Kronzeugen jener Auseinandersetzung avancierte. Er trat für eine Alternative ein, die damals in Spanien durchaus eine Chance hatte: die Position einer von Moskau (und zugleich von Trotzki) unabhängigen sozialrevolutionären Bewegung. Denn hier in Spanien stellten sich alsbald die dringenden Gretchenfragen der Linken: Freiheit und Sozialismus, Staat und Revolution, Moskau und die Linke. Seine Erfahrungen als Milizionär im Spanischen Bürgerkrieg hat Orwell in

seinem Bericht „Mein Katalonien“ (1938)¹ festgehalten, den er später als „so ziemlich das Beste, was ich je geschrieben habe“ bezeichnen sollte.

Die 1936 an die Macht gekommene spanische Volksfrontregierung hatte seit dem ersten Tag ihrer Amtsübernahme in einem Abwehrkampf gegen die Rechten der *Nationalen Front* – konservative Katholiken, Monarchisten, Großgrundbesitzer und Falangisten – gestanden. Im Juli 1936 hatte General Franco geputscht und von Spanisch-Marokko aus den Aufstand verkündet: „Die Verfassung der Republik ist außer Kraft gesetzt“. Dem Militärputsch gegen die fortschrittsorientierten Kräfte des liberalen Bürgertums, der landlosen Tagelöhner, der Industriearbeiter und der kleinen Bauern war eine Periode zunehmender Polarisierung der spanischen Gesellschaft vorausgegangen. Hitler schickte seine Legion Condor, Flugzeuge und Waffen, um den Putsch zu unterstützen. Mussolini beorderte 20 000 italienische reguläre Truppen und 30 000 faschistische Milizionäre nach Spanien. Um nicht kapitulieren zu müssen, beschloss die Linksrregierung die *Volksbewaffnung* und ließ Waffen an die Arbeiterorganisationen verteilen. Aus dem Aufstand der Militärs wurde in Spanien ein fast drei Jahre dauernder Bürgerkrieg. Die republikanischen Kräfte vermochten es nicht, die anfänglich große Kampfbegeisterung der Massen zu bündeln und – von einigen heroischen Verteidigungsschlachten abgesehen – militärisch zu nutzen. Die von England, den USA und Frankreich betriebene *Politik der Nichteinmischung* begünstigte, teilweise kalkuliert, die zunehmende militärische Unterstützung der Franco-Truppen durch Italien und Deutschland. Von Beginn an

hatte dieser Kampf Symbolgehalt. Der Spanische Bürgerkrieg bildete den intellektuellen und emotionalen Höhepunkt der turbulenten dreißiger Jahre. Er wurde zu einem Medienereignis. Hunderte von (meist schlechten) Büchern entstanden. Willy Brandt, damals Linkssozialist und Verbindungsmann der deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) vor Ort in Spanien, nannte ihn treffend „die erste öffentliche Schlacht gegen den internationalen Faschismus, ein Vorgefecht der großen und unweigerlich herannahenden Weltauseinandersetzung zwischen Fortschritt und Reaktion, zwischen Faschismus und Sozialismus“. Für die ganze Welt war dies *die letzte ideologische und militärische Auseinandersetzung*, bei der Kommunisten und liberale Demokraten gemeinsam auf der gleichen Seite gegen die rechten Feinde der Demokratie standen – und es war die letzte große Illusion der demokratischen Mitte und der gemäßigten Linken über den orthodoxen Kommunismus und die Sowjetunion.

Mit der Unterstützung der linkssozialistischen Independent Labour Party (ILP) und einem Empfehlungsschreiben ihres Vorsitzenden Fenner Brockway war Orwell über Paris und Perpignan nach Spanien aufgebrochen, wo er am 26. Dezember 1936 in Barcelona eintraf. Der Spanische Bürgerkrieg hatte auch in England bei den Linken starke Sympathien für die republikanische Seite geweckt. Insgesamt gingen 2762 englische Freiwillige nach Spanien, um gegen Franco zu kämpfen, von denen 543 getötet und 1762 verwundet wurden. In Spanien trat Orwell, unter seinem Geburtsnamen Eric Blair, der Miliz des POUM (*Partido Obrero de Unificación Marxista = Arbeiterpartei für marxistische Einheit*) bei, die

als das spanische Gegenstück der ILP galt. Orwells Eintritt in eine POUM-Einheit, mit der er an der aragonischen Front kämpfen sollte, war mehr zufällig. Nach seinen brieflichen Äußerungen zu urteilen, wäre er lieber zu den Internationalen Brigaden gegangen, weil sie vor Madrid die entscheidenden Kämpfe ausfochten. Wichtig ist, dass Or-



Der Autor

Dr. Martin Rooney, geb. 1948 in Manchester. Studium Germanistik, Philosophie und Soziologie an den Universitäten Birmingham, Mainz, FU Berlin und Bremen. B.A. (Hons.) und Dr. phil. Ab 1978 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der North East London Polytechnic sowie an der Universität Bremen. Lehrbeauftragter an der Hochschule Bremen. 1. Vorsitzender der Armin T. Wegner-Gesellschaft 1986-1999. Seit 1990 freier Autor, Übersetzer und Erwachsenenbildner in Bremen.

well zunächst selber die von den Kommunisten verfochtene Ansicht vertrat, man könne erst von der Revolution sprechen, wenn der Krieg gewonnen sei. Eine Neubewertung der Rolle der Kommunisten im Spanischen Bürgerkrieg führte bei ihm vor allem die Tatsache herbei, dass er bald feststellen musste, dass die Abgesandten aus Moskau, Offiziere und Kommissare, mit Gewaltmethoden erreichen wollten, dass ihre Einheiten am Ende besser da stünden. Sie schanzten deshalb den Nachschub an Waffen, Munition

und Ausrüstung einseitig jenen militärischen Formationen zu, die sich Moskau unterstellten. Der Eindruck, den das zumindest nach außen hin klassenlose Barcelona auf Orwell machte, wurde durch die besonders egalitäre Struktur der POUM-Miliz noch verstärkt. Das Erlebnis der Gemeinschaft mit der Arbeiterklasse, das ihm in England versagt geblie-

ben war, fand er, wenn auch nur vorübergehend, in Katalonien. Die durch seine Herkunft, Lebensform und Akzent geschaffenen Hindernisse existierten nicht mehr. Sozialismus, das war für Orwell nicht marxistische Orthodoxie, sondern vor allem Freiheit und menschliche Würde, prinzipielle Solidarität mit all jenen, die gar nicht erst Karriere machen (können), die außerhalb von Hierarchie und käuflicher Unverwechselbarkeit leben (müssen). Sein Sozialismus-Konzept enthielt einerseits eine sehr freiheitlich-individuelle und nonkonformistische Dimension, schloß andererseits aber das sozialistische Gemeinschafts- und Solidaritätserlebnis mit ein. Die sich überstürzenden politischen Ereignisse schlugen Orwell in ihren Bann. In Katalonien wurden die Betriebe von den Belegschaften über-

nommen, und selbst die Kinos von Barcelona wurden vergesellschaftet. Die Lohnunterschiede wurden drastisch verringert, und ein Höchstlohn wurde festgesetzt. „Ich war“, schrieb er in seinem Bericht, „mehr oder weniger durch Zufall in die einzige Gemeinschaft von nennenswerter Größe in Westeuropa gekommen, wo politisches Bewusstsein und Zweifel am Kapitalismus normaler waren als das Gegenteil. In gewisser Weise ließe sich wahrhaftig sagen, dass man hier einen Vorgeschmack des Sozialismus erlebte.“ Die Gründer

der POUM Andrés Nin und Joaquín Maurín, hatten sich Anfang der 30er Jahre von der moskautreuen Kommunistischen Partei Spaniens (PCE) getrennt, als erkennbar wurde, wohin die Reise unter Stalin ging. Sie hielten losen Kontakt zu Trotzki, ohne jedoch dessen wechselnde Doktrinen zu übernehmen. Zahlenmäßig spielte die POUM zwischen den großen Blöcken der Sozialisten und Anarchisten zwar nur eine geringe Rolle, doch ihre Stimme besaß beträchtliches Gewicht in den intellektuellen Diskussionen der revolutionären Linken. Ihre Hochburg war Barcelona, das Zentrum des von Anarchisten beherrschten Katalonien. Bei Ausbruch des Bürgerkrieges stellte der POUM, wie die übrigen republikanischen Parteien, eine eigene Miliz auf, in der auch viele Ausländer, darunter George Orwell, kämpften. Die Kommunistische Partei Spaniens (PCE) verleumdete die linken Konkurrenten, die für die Revolution kämpfen und eine Räterepublik errichten wollten, ungerechtfertigterweise von Anfang an als „Trotzkisten“, d. h. als Verräter und somit Todfeinde. Die Stunde der Abrechnung kam mit dem Bürgerkrieg. Nachdem die Westmächte der spanischen Republik jede Waffenhilfe verweigerten, blieb ihr nur der Weg nach Moskau. Stalin half, aber er nahm gleichzeitig auch das Kommando über das leckgeschlagene Schiff. Die PCE, die vor dem Bürgerkrieg nahezu bedeutungslos war, rückte zur entscheidenden Macht der Republik auf, obwohl sie nach außen hin nur durch zwei Männer in der Volksfrontregierung vertreten war. Nichts lief mehr ohne sie, geschweige denn gegen sie. Gleichzeitig mit den sowjetischen Waffen trafen auch die „Berater“ des sowjetischen NKWD sowie die Agenten des Geheimdienstes der Komintern unter ihrem Chef General Alexander Orlow in Spanien ein. Er erhielt seine Anweisungen direkt von Jeschow und Stalin und ließ diese über ein weitverzweigtes Netz von zwischengeschalteten Institutionen und Mitarbeitern oder ergebenen Helfershelfern einspeisen. In Katalonien begannen die Sowjets sofort damit, alle, die ihnen nicht passten, aus dem Weg zu räumen. Eben zu dieser Zeit begann in

Moskau die große Säuberung mit den großen Schauprozessen gegen Sinowjew, Kamenew und Bucharin. Stalin konnte nicht dulden, dass die „Verräter“ in Spanien weiter ihr Unwesen trieben, noch dazu unter dem Mantel der Volksfront. Die Stalinisten hatten nicht das geringste Interesse an der sozialen Revolution in Spanien. Ihnen ging es nur um die Errichtung der Diktatur des Proletariats, die Eroberung des Staatsapparats, die Zerschlagung der Revolution, mit allen Mitteln. Tatsächlich waren für die freiheitliche Linke die kommunistischen Schreibtisch-Politruks wie Alfred Hertz, Erich Mielke, Wilhelm Zaisser, André Marty und Stalins Generäle wie Pawlow, Rokossowskij, Konjew, Malinowski und andere fast noch eine größere Gefahr als die Truppen Francos, gegen die man kämpfen wollte. Im Mai 1937 kam es in Barcelona, der Hochburg der Anarchisten und „Linksabweichler“, zum Showdown, zum *Bürgerkrieg im Bürgerkrieg*. In viertägigen Straßenkämpfen, die Hunderte von Toten und Tausende von Verwundeten forderten, wurde die Macht der unabhängigen Linken gebrochen. Anschließend begann die Hexenjagd auf alle, die gegen Stalin waren. „Die Trotzkisten“ erklärte KP-Politbüro-Mitglied Dolores Ibarruri, „müssen wie Raubtiere ausgerottet werden.“ Orwell, der 115 Tage als Soldat an der aragonesischen Front gekämpft hatte und am 20. Mai 1937 durch einen Halsdurchschuss verwundet worden war, war selber Zeuge und Betroffener dieser Verfolgungsjagd des NKWD in Barcelona. Es gelang Orwell nur mit Mühe und Not und dank der Hilfe des britischen Konsuls, mit seiner Frau Eileen ungeschoren über die Grenze nach Banyuls-sur-Mer in Frankreich zu entkommen und damit dem Schicksal des ebenfalls bei der POUM kämpfenden ILP-Mitglieds und engen Freundes Bob Smillie zu entgehen, den man beim Grenzübertritt verhaftete und der in einem kommunistischen Gefängnis in Valencia starb. Nach der Zerschlagung der POUM griff die Säuberung auf die großen Massenparteien der Anarchisten und Sozialisten über. Die Anarchisten wurden aus der Regierung ausgebootet, ihre Milizen aufgelöst, ebenso die

anarchistischen Komitees in der kollektivierten Industrie und Landwirtschaft. Die Sozialistische Partei, die größte des Landes, wurde nach dem Sturz Largo Caballeros gleichgeschaltet, der alte Arbeiterführer selbst unter Hausarrest gestellt. Der Wiener Kurt Landau, Mitbegründer der österreichischen KP, der polnische Trotzkist Henryk Freund, der Tscheche und frühere Sekretär Trotzki's Erwin Wolf und zahlreiche andere unbequeme Linke wurden von den Kommunisten verschleppt und tauchten nie wieder auf.

In seinem im April 1938 in London mit einer Auflage von nur 1.500 Exemplaren veröffentlichten Bericht über seine Zeit in Spanien notierte Orwell, was er erlebt und beobachtet hatte, obwohl er damals nicht wissen konnte, dass er während seines Aufenthaltes in Spanien ständig von britischen Komintern-Agenten wie Hugh O'Donnell, David Crook und David Wickes observiert worden war. Sie schickten Berichte über den „Trotzkisten“ Orwell an den NKWD.² Orwell war in seiner Darstellung um Objektivität und Genauigkeit bemüht, was für sein Buch kompositorisch auch den Nachteil hatte, dass es durch die Einfügung politischen Materials vor allem im Zusammenhang mit der Widerlegung von Vorwürfen gegen die POUM gelegentlich überfrachtet wurde. Er war überdies um ein differenziertes Urteil bemüht. So stellte Orwell fest, dass Franco eigentlich kein Faschist sei wie Hitler und Mussolini, sondern dass es ihm im wesentlichen um die Wiederherstellung des „Feudalismus“ gehe. Charakteristisch für Orwells Fairness ist, dass er die abstoßenden Züge im Verhalten der republikanischen Seite wie die Massakrierung von Nonnen oder die Verwüstung der Landgüter von Franco-Anhängern nicht verschweigt. Seine unbedingte intellektuelle Redlichkeit und seine parteipolitische Unabhängigkeit machen dieses Buch zu einem einzigartigen Zeitdokument, das weder in Francos Spanien noch im sogenannten *realsozialistischen Lager* jemals erscheinen durfte. Der Spanische Bürgerkrieg war für Orwells Entwicklung ein Schlüsselerebnis und hat auf ihn eine zwiespältige

Wirkung ausgeübt. Die Erlebnisse in Spanien haben Orwell nicht nur seine politische Position finden lassen, sie haben ihm auch die großen Themen aufgezwungen, von denen er sich nicht mehr lösen konnte. Sie haben auch seine schriftstellerische Arbeit anhaltend politisiert. Auf der einen Seite machte Orwell entscheidende Erfahrungen mit einer totalitären Partei, dem Terror und der systematischen Lüge, welche die Wahrheit ganz zu verdrängen drohen. Für Orwells später sich immer mehr steigernde Furcht, dass die historische Wahrheit verloren gehen, ja dass jede wirkliche Geschichtsschreibung aufhören und selbst der Gedanke einer objektiven Wahrheit verschwinden könne, war der Spanische Bürgerkrieg von zentraler Bedeutung. Der Totalitarismus, den er schließlich im utopischen Roman „1984“ (1949) in seiner letzten Konsequenz darstellte, trat ihm hier zum ersten Mal in Umrissen entgegen. Ebenfalls machte Orwell die Erfahrung einer „verratenen Revolution“, die er in der satirischen Fabel „Farm der Tiere“ (1945) gestaltet hat. Auf der anderen Seite erlebte er jedoch Solidarität und eine menschliche Gemeinschaft ohne Klassenbarrieren, was ihn in seiner sozialistischen

Grundüberzeugung bestärkte. *„Ich habe“* schrieb er am 8. Juni 1937 nach seiner Verwundung in einem Brief an seinen Freund Cyril Connolly, *„wunderbare Dinge gesehen und glaube schließlich wirklich an den Sozialismus, was ich vorher niemals tat.“*

Die Ereignisse in Spanien ließen Orwell nicht los. Als Publizist kam er immer wieder darauf zurück. Er beschloss z.B. seinen 1942 veröffentlichten „Rückblick auf den Spanischen Bürgerkrieg“ mit einem Gedicht. Es ist eine Huldigung auf einen italienischen Waffenkameraden, den er im Lazarett getroffen hatte. In den letzten beiden Strophen hat Orwell seine Bewunderung für die Freiwilligen, die so aufopferungsvoll gegen den Franquismus und dessen deutsche und italienische Helfershelfer gekämpft hatten, und seine Abscheu vor den Verbrechen der Kommunisten zum Ausdruck gebracht:

*„Bevor dein Gebein noch gebleicht sein wird
Verlöscht deine Tat und dein Name sogar
Und hinter der Lüge, die dich erschlug
Da grinst eine Lüge, die noch schlimmer war.“*

*Doch keine Macht der Welt löscht je aus
Das Leuchten von deinem Menschengesicht
Im Bombenhagel - ich habe es gesehen
So geistig rein wie Kristall:
Dein Licht“*

(Übersetzung: Wolf Biermann)

Nach der endgültigen Niederlage der Republik am 29. März 1939 übernahm Franco als „Caudillo von Gottes Gnaden“ die Macht in ganz Spanien. Auf Anordnung des Diktators wurden zwischen 1939 und 1944 ca. hunderttausend Spanier auf der besiegten republikanischen Seite hingerichtet. Fast ebenso viele politische Häftlinge starben in diesen Jahren in den Gefängnissen an Unterernährung und mangelnder medizinischer Versorgung. Hundertfünfzigtausend flüchteten ins Ausland. Das heutige demokratische Spanien erinnert an George Orwell mit einem George-Orwell-Platz in Barcelona, der 1996 eingeweiht wurde.

¹ George Orwell: *Mein Katalonien. Bericht über den Spanischen Bürgerkrieg*, Diogenes Verlag, Zürich 2003, 286 Seiten, € 10,90.

² Vgl. Gordon Bowker: *George Orwell*, London 2003, S. 212-227.

1789 und 1989

Der Sturm auf die Bastille und der Fall der Mauer

Von Waldemar Ritter

Der Fall der Mauer ist das wirkungsmächtige Symbol der freiheitlichen demokratischen Revolution von 1989. Das Volk hat in Leipzig und in der gesamten DDR seinen Namen gerufen: „Wir sind das Volk“ – „Wir sind ein Volk“. Die Revolution in der DDR und in Mitteleuropa hat gesiegt. Sie hat das politische kurze Jahrhundert beendet, das 1914 begann, nach dem überlangen Jahrhundert, dessen Geburtsstunde 1789 die Französische Revolution gewesen war.

Auf der entscheidenden Leipziger Montagsdemonstration gab es ein Schild, auf dem nichts weiter stand als: „1789 – 1989“. Das Schild eines Unbekannten, das zum Ausdruck brachte, was die größte Revolution seit 200 Jahren wurde. Eine Revolution, die Deutschland, Europa und die Welt verändert hat. Es war der Fall

der Mauer, es war die Revolution in der DDR, die zu einer grundlegenden Um- und Neugestaltung der europäischen Landkarte führte: zur Wiedervereinigung Deutschlands und für die mitteleuropäischen Länder zur „Rückkehr nach Europa“, sowie zu radikalen Verschiebungen der globalen Machtverhältnisse. Die Freiheit der Völker, die Freiheit der Menschen führte zu kulturellen, gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Um- und Aufbrüchen, deren Prozesse bis heute wirksam sind. Mit ihnen hat ein neues Jahrhundert begonnen.

Der Anfang vom Ende war der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in der DDR. Es folgten Ungarn 1956, Prag 1968 und Polen 1980. Jeder meiner Generation hat die Bilder der von Panzern niedergewalzten Volksaufstän-

de im Osten vor Augen. Jeder von uns, der heute über 30 Jahre alt ist, die millionenstarke Revolution in der DDR und die ergreifenden Momente des Mauerfalls. Sie sind in unserer kollektiven Erinnerung gegenwärtig. Es sind Sternstunden, es sind Glanzlichter unserer Freiheits- und Demokratiegeschichte. Es war das Ausrufezeichen, der Punkt und das letzte Glied in einer langen Kette, zu der alle Volksaufstände sowie der jahrzehntelange Widerstand und die Bürgerbewegung in der DDR gehören.

Gerade Revolutionen gründen auf geistigen, gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Bedingungen. Das hätte eine Diktatur, die sich auf Karl Marx und dessen politische Ökonomie berief, eigentlich wissen müssen, vor allem was die systemimmanente Ausbeutung der Arbeiter und des Volkes bedeutet.

1989 fiel die Mauer zwischen zwei Staaten, die 1945-49 dieselbe ökonomische Ausgangsposition hatten. 1989 fiel die Mauer zwischen einem Staat mit einer hocheffektiven sozialen Marktwirtschaft und einem Staat mit einer ruinösen Zentralverwaltungswirtschaft. Einer Planwirtschaft mit über 16 % verdeckter Arbeitslosigkeit,

einer Arbeitsproduktivität von 30 % West und einer technologischen Differenz von 20 Jahren. Die Ostlöhne lagen bei 31 % West. Bis auf die Privilegierten des SED-Systems war die große Mehrheit der Ostdeutschen unter dem Sozialhilfeniveau, unter der Armutsgrenze des Westens.

Zu den politischen Bedingungen gehörten auch die Außenpolitik, die Innerdeutsche Politik, die neue Ostpolitik des Westens, ebenso wie der polnische Papst oder Gorbatschows Glasnost und Perestroika. Dazu gehörte, dass in Polen und anderen Ländern des „Ostblocks“ längst umwälzende Prozesse im Gange waren. Dazu gehörten die ungarische Grenzöffnung ab 2. Mai 1989 und die gegen die DDR genehmigte Ausreise von 50 000 DDR-Urlaubern am 11. September 1989 nach Österreich, die von Solidarnosc in Polen am 4. Juni 1989 erzwungenen Wahlen und der erstmals von Bürgerrechtlern nachgewiesene Wahlbetrug vom 7. Mai 1989 in der DDR. Ich erinnere mich an den mutigen Pfarrer Rainer

Eppelmann, der mir bei dem Empfang, zu dem unsere ständige Vertretung in der DDR aus Anlass des 40. Jahrestages des Grundgesetzes eingeladen hatte, einen verschlossenen Umschlag mit Wahlfälschungen der DDR gab, die ab dem nächsten Tag nicht nur in der Weltpresse nachzulesen waren, sondern von den Menschen, die ihre Antennen auf Westfernsehen gerichtet hatten, auch gesehen wurden.

Stellvertretend für die vielen Vorkämpfer des Mauerfalls erinnere ich an Wolf Biermann, Sarah Kirsch, Rainer Kunze und Erich Loest, an Kurt Masur, Christian Führer, Richard Schröder, Gunter Weißgerber, Markus Meckel, Martin Gutzeit, Joachim Gauck, Marianne Bir-

thler, Hans Meier, Friedrich Schorlemmer, Stephan Hilsberg, Christine Lieberknecht und Konrad Weiß. So unterschiedlich sie waren, sie waren Teil der *Volonté générale*. Sie haben Zeichen für die Revolution und den Fall der Mauer gesetzt.

Im Westen war es das Grundgesetz, waren es diejenigen, die die deutsche Frage offen gehalten haben und für das Selbstbestimmungsrecht der Menschen in der DDR eingetreten sind, wie es im Brief zur Deutschen Einheit formuliert wurde: „... auf einen Zustand



Der Autor

Dr. Waldemar Ritter ist Politikwissenschaftler und Historiker, Autor wissenschaftlicher und politischer Publikationen, Vorstand des Deutschen Politologenverbandes. Mehr als drei Jahrzehnte war er für deutschlandpolitische Fragen und innerdeutsche Kulturangelegenheiten des Bundes verantwortlich. Foto: U. R.

des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das Deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.“

1989 waren es in Westdeutschland wenige Politiker, die den „Mantel Gottes“ in der Geschichte hatten rauschen hören und im Wissen um das enge Zeitfenster richtig handelten: Helmut Kohl, Willy Brandt, Wolfgang Schäuble, Hans-Jochen Vogel, Rudolph Seiters, Hans Dietrich Genscher und Annemarie Renger waren zusammen mit Kennern der Materie in Bundesministerien zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Demokraten an der richtigen Stelle.

Dass die Mauer am 9. November 1989 fiel, war der friedlichen Revolution, der Umsicht und Vernunft der Menschen in der damaligen DDR zu verdanken. 1789 der Sturm auf die Bastille. 1989 der Tanz auf der Mauer. Das Volk hat seinen Namen gerufen und die Mauer zu Fall gebracht. Das Volk hat Geschichte geschrieben.

Neuerscheinung

Studentischer Widerstand in Halle/Saale

Eine Buchvorstellung der besonderen Art

Von Gerald Wiemers

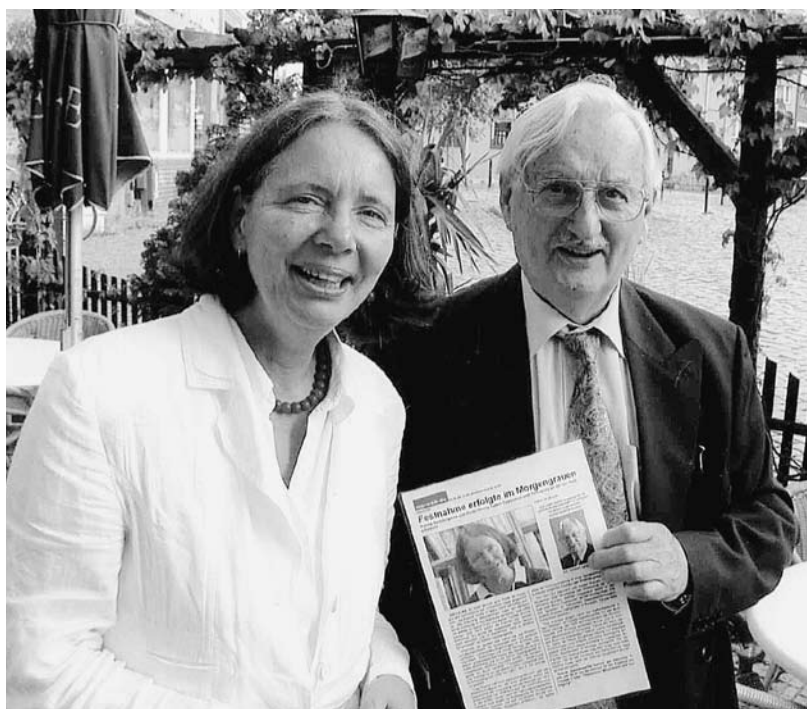
Allgemein verbindet man mit einer Buchvorstellung einen kleinen interessierten Kreis von Zuhörern. Als das Buch „Opposition, Widerstand und Verfolgung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1945-1961“ präsentiert werden sollte, war das anders: Im Hörsaal 23 des Audimax am Universitätsplatz zu Halle versammelten sich über 200 Personen. Zum ersten Mal wurde ein Thema in seiner ganzen Breite über einen Zeitraum von 16 Jahren angesprochen, das lange tabuisiert war. Zeitzeugen und Zeitgenossen, Betroffene, dem Thema Nahe- und Fernstehende hatten sich versammelt, darunter der General Dr. Günter Kießling, die Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Dr. Anna Kaminsky, der Leiter der Gedenkstätte „Roter Ochse“ André Gursky, der Professor für Rechtsgeschichte Rolf Lieberwirth sowie der Wissenschaftshistoriker Prof. Dr. Günter Mühlhordt.

Die Organisation der Veranstaltung lag in den Händen der Deutschen Nationalakademie Leopoldina und der Universität Halle. Für die Universität sprach der Rektor Prof. Dr. Wulf Diepenbrock und für die Leopoldina ihr langjähriger Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. Benno Partier. Letzterer wird auch die Einführung zu dem Buch schreiben. Das Buch ist als Pressevorabdruck durch den Leipziger Universitätsverlag mit seinem Verlagsleiter Dr. Gerald Diesener noch nicht ganz vollständig und umfasst schon jetzt über 700 Druckseiten. Sybille Gersten-

garbe, eine Autorin des Buches, hielt den Festvortrag. Sie stellte besonders eindrucksvolle studentische Schicksale vor, beurteilte die Rektoren der Universität im Berichtszeitraum und erinnerte an die Haftfolgeschäden der Betroffenen.

Zum studentische Widerstand in der ehemaligen DDR ist das zweifellos die wichtigste und umfassendste Darstellung. Nach Rostock, Leipzig und bald auch in Dresden, liegt damit ein weiteres wichtiges Werk zum studentischen Widerstand in der SBZ/DDR vor, das auch inhaltlich den Ansprüchen genügt.

In den letzten drei Jahren hat die Hallesche Wissenschaftshistorikerin Dr. Sybille Gerstengarbe, ursprünglich Biologin, in zahlreichen Archiven und Behörden in mühevoller Kleinarbeit die Schicksale von 168 politisch verfolgten Studenten und Universitätsangehörigen nachvollzogen. Das geschah gemeinsam mit Dr.med. Horst Hennig (Köln), selbst Betroffener und Autor von zwei Büchern zum Gulag in Workuta, Generalarzt a.D. der Bundeswehr. Dr. Hennig hat durch eigene Forschungen und in zahlreichen Kontakten zum Bundesmilitärarchiv in Freiburg/Br., zu



Die Autoren Sybille Gerstengarbe und Horst Hennig.

Seminarangebot an die Leserinnen und Leser von FREIHEIT UND RECHT

Die Opfer der SED-Diktatur in der demokratischen Gesellschaft heute

In Zusammenarbeit von Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) und Akademie für Politische Bildung
Vom 13.11., 14 Uhr bis 15.11.2009, 12 Uhr in Tutzing/Starnberger See

Inhaltliche Schwerpunkte:

- I. Politische Hindernisse bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur
- II. Soziale und gesundheitliche Situation der überlebenden Opfer
- III. Verfolgung unterm Sowjetstern 1945 – 1955 (SMT u. GULag)
- IV. Aufarbeitung von NS- und SED-Diktatur im 21. Jahrhundert

Tagungsleitung:

Akademiedirektor Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter
Landtagsvizepräsident a.D. Bertold Kamm, Vorsitzender des BWV-Bayern
Jürgen Maruhn, Redaktion FREIHEIT UND RECHT

Teilnahmegebühr:

Mit 2 Übernachtungen im Einzelzimmer 80,00 € / ermäßigt: 50,00 €
Ohne Übernachtung 50,00 € / ermäßigt: 35,00 €

Ermäßigung erhalten Azubis, Schüler, Studierende, Wehr- und Zivildienstleistende

Anforderung der Einladung und des Tagungsprogramms bei der Redaktion:

Jürgen Maruhn, Kirchstr. 7, 82131 Gauting, Tel. 089/1576813, juergen.maruhn@gmx.de

Information für die Mitglieder des BWV-Bayern sowie Leserinnen und Leser, die es werden möchten:

Im Anschluss an die Tagung findet nach dem Mittagessen am Sonntag, den 15.11.2009 von 13.00 Uhr bis maximal 15.30 Uhr die Mitgliederversammlung des BWV-Bayern mit Neuwahlen von Vorstand und Kassenprüfern statt. Anwesend wird auch der im Juli neu gewählte Vorsitzende des ZDWW (Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen), Dr. Hans-Jürgen Grasemann, sein.

Wer vor dem Termin dem BWV-Bayern beitrifft, erwirbt das Recht zur Teilnahme an der Mitgliederversammlung. Beitrittswünsche nimmt die Redaktion ebenfalls entgegen. Download des Beitrittsformulars unter www.bwv-bayern.org.

russischen Archiven und hohen Militärs in Moskau wichtige Voraussetzungen geschaffen, damit diese Dokumentation entstehen konnte. „Ohne ihn“, stellt Sybille Gerstengarbe zu Recht fest, „wäre dieses Buch nicht entstanden.“ Hennigs großes Verdienst besteht vor allem darin, dass er sich nach 1990 um die Rehabilitierung aller politisch verfolgten Studenten, nicht nur seiner Gruppe in Halle, mit großen Engagement erfolgreich eingesetzt hat.

Das Buch ist gegliedert nach Zeitabschnitten, nach Jahren, die in unterschiedlicher Dichte und Breite den Widerstand der Studenten zeigen, die harten, teilweise verräterischen Reaktionen der Universitätsleitung, das mutige Auftreten einzelner Professoren bis hin zu Protesten gegen die Verhaftungen. Die Ereignisse stehen immer im Kontext zur allgemeinen Geschichte, so zum 17. Juni 1953 oder zum Ungarn-Aufstand 1956.

Die Dokumentation ist zu Recht den Angehörigen der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg gewidmet, die entweder in der Haft umgekommen sind oder in Moskau erschossen wurden, wie 1952 der Sportlehrer und Assistent Helmut Huwe und der Student der Slawistik Herbert Schönmath.

Im kommenden Jahr werden es 60 Jahre sein, dass die ersten Verhaftungen an der Universität stattfanden. Mit einer universitären Veranstaltung gemeinsam mit der Bundesstiftung Aufarbeitung soll im Februar 2010 daran erinnert werden, damit die Opfer der politischen Verfolgung nachhaltig im Gedächtnis bleiben und wieder Gesicht und Namen bekommen. Dann wird das Buch neben dem Flyer gewiss vollständig vorliegen.

Sybille Gerstengarbe und Horst Hennig: Opposition, Widerstand und Verfolgung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg von 1945-1961. Eine Dokumentation, Leipziger Universitätsverlag 2009, ca. 750 S., zahlreiche Abb., 39,00 Euro.